Münsterländische Volksz

Rheiner Volksblatt

Amtlicher Anzeiger für Stadt und Amt Rheine.

Organ der Zentrumspartei.

Bezugspreis: Monatlich frei durch unsere Boten ins Haus, sowie von der Geschäftsstelle abgeholt 5.00 Mk., im voraus zahlbar durch die Post frei ins Haus 15 — Mk. vierteljährlich. Die M. V. erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Druck und Verlag von Joseph Altmeppen in Rheine. Hauptgeschäftsstelle und Redaktion: Bahnhofstraße 5. Fernsprecher Nr. 352. — Telegramm-Adresse: Volkszeitung Rheine (Westf.) — Postscheckkonto Cöln Nr. 40394. — Postschließfach Rheine Nr. 75. —

Anzeigenpreis: Die 8ge... Amt Rheine: 2[illegible] Pfg., bei... 80 Pfg. Reklamen 150 Pfg. Ne... bis 3 Uhr nachm. Für die Auf... Stelle wird keine Garantie über... Fernsprecher oder mangelhafte Manuskri... haftet. Bei zwangsweiser Beitreibung von ...

Wöchentliche Beilagen: Für Unterhaltung: „Sonntagslese"; für Landwirtschaft: „Feld und Garten"; für Sport und Jugendpflege: ...

Nr. 243 — Donnerstag, den 20. Oktober 1921 — 45. Jahr...

Das Kabinett Wirth tritt doch zurück

Weshalb Dr. Wirth bleiben muß

Berlin, 20. Okt. (Drahtbericht.) **Nach langen schwierigen Beratungen scheint das Reichskabinett nunmehr entschlossen zu sein, sofort nach der offiziellen Bekanntgabe des Entscheides über Oberschlesien dem Reichspräsidenten seine Demission zu überreichen. Bei diesem Beschluß scheint der Wunsch ausschlaggebend gewesen zu sein, den Forderungen der Deutschen in Oberschlesien so weit als irgendmöglich nachzukommen. Diese haben in Telegrammen und Resolutionen die Reichsregierung bestürmt, alle, auch die schärfsten Mittel in Anwendung zu bringen, um vor aller Welt gegen den Entscheid zu protestieren. Der stärkste Ausdruck aber liegt selbstverständlich in einer Amtsniederlegung der gesamten Regierung. Natürlich soll es sich keinesfalls bei diesem Regierungswechsel nur um einen theatralischen, rein förmlichen Akt handeln, aber die Forderung, daß, um diesen Anschein zu vermeiden, Dr. Wirth dem neuen Kabinett nicht mehr angehören dürfe, geht entschieden zu weit. Innerpolitische wie außenpolitische Gesichtspunkte zwingender Natur sprechen vielmehr für ein neues, umgestaltetes und erweitertes Kabinett Wirth. Ein Kabinett des passiven Widerstandes, wie es sich die radikale Rechte wünscht, würde in kürzester Frist an der Behandlung, die einer so zusammengesetzten Reichsregierung von Seiten der Entente zuteil werden würde, scheitern. Auch würde eine rechtsgerichtete Regierung in Deutschland keine feste Grundlage haben. Weder das Zentrum noch die Demokraten würden sich ohne heftigste innere Kämpfe einer Koalition anschließen können, der anstelle der Mehrheitssozialisten die gesamte Rechte angehört. Die Mehrheitssozialisten jedoch haben sich bereits völlig auf die Person des bisherigen Kanzlers festgelegt. Nur in ein Ministerium Wirth würden sie, ohne ihre Wählerschaft kopfscheu zu machen, es wagen dürfen, gemeinsam mit der Deutschen Volkspartei einzugehen. Andererseits sind die Widerstände, die sich in der Deutschen Volkspartei gegen die Person Wirths geltend machen, gewiß nicht unüberwindlich.**

wtb. **London, 20. Okt.** (Drahtbericht.) **Der Berliner Berichterstatter des „Daily Chronicle" schreibt zum Sturz der deutschen Mark, wenn der Sturz noch weiter gehe, sei die Entente verantwortlich, weil sie ihn nicht auf die einzige Art verhindert habe, durch die sie ihn hätte verhindern können, nämlich durch eine Verminderung der Zahlungsleistungen Deutschlands. In einem „Die deutsche Krise" überschriebenen Leitartikel schreibt Daily Chronicle, die Nachricht über die Entscheidung des Völkerbundes in der oberschlesischen Frage hatte in Deutschland zur Folge, daß das Kabinett Wirth erschüttert sei und daß es beschloß, zurückzutreten. Der Sturz des Kabinetts Wirth würde also eine ernste Sache sein, wenn er die Rückkehr der Vorwirth-Politik bedeuten sollte. Wirth war der erste deutsche Kanzler, der es zu seinem endgültigen Plane gemacht hatte, diesen Verpflichtungen innerhalb der Grenze des eben Möglichen nachzukommen. Der rasche Sturz der Mark könnte katastrophale Folgen zeitigen, die sich weit außerhalb Deutschlands fühlbar machen würden und die das Wiederaufleben des Handels in Europa noch weiter verzögern würden.**

Zur Teilung Oberschlesiens

wtb. London, 29. Okt. Der Sonderberichterstatter des Daily Chronicle meldet seinem Blatt: In Oppeln, dem Sitz der interalliierten Abstimmungskommission, wo sich zahlreiche Sachverständige befinden, herrsche zum großen Teile Erstaunen und selbst Enttäuschung über die Vorschläge des Völkerbundsrates zur Teilung Oberschlesiens. Man hege die schlimmsten Befürchtungen wegen der wirtschaftlichen Folgen des Entscheides des Völkerbundsrates, soweit dieser bekannt sei. Für diese Befürchtungen werden derartige Gründe angeführt, daß man die Entscheidung des Völkerbundsrates, nur bedauern könne. Einige der Sachverständigen seien der Ansicht, daß abgesehen von der Ungesetzlichkeit des Völkerbundsvorschlages der Erfolg der Empfehlung des Völkerbundes davon abhänge, ob Deutschand in freundschaftlichem Sinne mitwirken wolle, „was man selbst von Engeln nicht erwarten könne", und ob die Polen bereit seien, mit den verhaßten Feinden in Freundschaft zusammenzuwirken. Der Berichterstatter weist darauf hin, daß die Polen nicht über genügende Transportmittel verfügen, um den Anfoederungen, die ihm aus dem zugeteilten Gebiet erwachsen, gerecht zu werden. Außerdem würden zahlreiche deutsche Beamte und Festangestellten, Ingenieure, Techniker, Offiziere und Lehrer nach und nach aus dem Polen zugeteilten Gebiet auswandern. Obgleich sich vielleicht an ihre Stellen eine beträchtliche Anzahl französischer Beamter in diesem Gebiet niederlassen werden, davon verschiedene Mitglieder der Oppelner Kommissionen, so herrsche doch allgemein die Ansicht, daß das oberschlesische Dreieck wirtschaftlich und kulturell absterben werde.

Eine Entschließung des Deutschen Städtetages

wtb. **Berlin, 20. Okt.** (Drahtbericht.) Der Vorstand des Deutschen Städtetages faßte in seiner in Berlin abgehaltenen Sitzung vom 19. 10. nachstehende Enschließung: Der Städtetag gedenkt mit schmerzlichster Empfindung der deutschen Städte in Oberschlesien. Ein Gewaltakt, der sich über den Vertrag und den Abstimmungswillen hinwegsetzt, will Oberschlesien zerreißen und zahlreiche reichsdeutsche Städte nach jahrhundertelanger deutscher Kulturarbeit von Deutschland trennen. Durch den Versailler Vertrag seiner Machtmittel beraubt, kann Deutschland sich gegen die Gewalt nicht erfolgreich wehren. Aber das Recht kann durch die Gewalt nicht ewig unterdrückt werden. Die Hoffnung bleibt, daß der Tag des Rechts schließlich kommen wird. In dieser Ueberzeugung wird das Deutschtum in Oberschlesien treu verharren und die gesamten deutschen Städte werden ihnen in ihrer Not treu und brüderlich zur Seite stehen.

wtb. **Königshütte, 19. Okt.** Das Organ des Obersten polnischen Volksrates, der „Orendownik", weiß aus Pariser politischen Kreisen mitzuteilen, daß man dort die Ansicht hege, die Polen werden bezüglich der Befugnisse der wirtschaftlichen Kommission für Oberschlesien in zwei Punkten Einspruch erheben, nämlich gegen die 15-jährige Dauer der Tätigkeit der Kommission und gegen das Recht der Kommission, sich in die Angelegenheiten der sozialen Arbeitergesetzgebung einzumischen.

wtb. **Kattowitz, 20. Okt.** (Drahtbericht.) Der Warschauer „Kurjer Porawa" nennt die Tatache, daß bezüglich der Teilungslinie noch in verschiedenen Punkten Unklarheiten bestehen als vollkommen unbegreiflich, da es die Pflicht des Völkerbundes war, die Vertreter Polens in Genf über den Verlauf sämtlicher Arbeiten genau aufzuklären, da die Polen nur unter dieser Bedingung auf Wunsch Frankreichs auf die Teilnahme an den Besprechungen im Völkerbundsrat verzichtet hätten.

wtb. **Rosenberg, 19. Okt.** Jenseits der Grenze sind im Raume Praßkow-Stany neue polnische Truppenformationen angekommen. In der Nacht zum 18. 10. unternahmen anscheinend einige dieser Formationen einen Vorstoß im Raume Wichrau-Hotzanowitz. Nach zweistündigem Feuer, wobei Maschinengewehre und Handgranaten verwandt wurden, zogen sich die Polen wieder zurück.

Der Friede mit Amerika ratifiziert

wtb. Washington, 20. Okt. (Drahtber.) Der Senat ratifizierte die Friedensverträge mit dem Deutschen Reiche und Oesterreich.

wtb. Washington, 20. Okt. (Drahtber.) Wie zu der Ratifizierung des Friedensvertrages durch den Senat ergänzend gemeldet wird, wurden die Verträge mit Deutschland und Oesterreich mit 66 gegen 20 Stimmen und der Friedensvertrag mit Ungarn mit 66 gegen 17 Stimmen angenommen.

wtb. **Washington, 20. Okt.** (Drahtbericht.) Im Senat trat Senator Johnson (unversöhnlicher Revolutionär) für die Ratifizierung des Friedensvertrages mit Deutschland ein. Er sagte: er könne sich nicht den Ansichten anderer Unversöhnlicher anschließen, daß der Vertrag wahrscheinlich die Vereinigten Staaten in jede europäische Verwickelung hineinziehen werde; aber er erklärte, es sei unklug, daß die Vereinigten Staaten sich weigerten, der alliierten Reparationskommission beizutreten. Senator Wilcock, der Führer der Kreise, die für die Ratifizierung des Versailler Vertrages waren, sprach auch für die Ratifizierung des dem Senat vorliegenden Vertrages.

wtb. **Washington, 19. Okt.** (Drahtber.) Das Repräsentantenhaus stimmte mit 197 gegen 74 Stimmen für den Gesetzesvorschlag, der das Gesetz über Ausnahmetarife bis zum 1. Februar verlängert. Der Vorschlag ist an den Senat geleitet.

wtb. **Newyork, 19. Sept.** (Drahtber.) Der Gemeinderat von Newyork beschloß, Marschall Foch, Admiral Beatty, General Diaz und dem belgischen General Jaques, die sich nach den Vereinigten Staaten begeben, um an dem Konvent der amerikanischen Legion teilzunehmen, die Bürgerrechte zu verleihen.

Die erste Sitzung der Sachverständigenkommission

wtb. **Paris, 20. Okt. (Drahtbericht.) Heute wurde im Ministerium des Aeußern die erste Sitzung der finanziellen und militärischen Sachverständigenkommission abgehalten, die vom Obersten Rat der Alliierten im August d. J. ernannt wurde, um vor dem 1. 11. einen Bericht abzufassen betr. Vorschläge, die militärischen Besatzungskosten und die Ausgaben der Zivilkommission zu verringern und einzuschränken. Großbritannien, Frankreich, die Vereinigten Staaten, Italien, Japan und Belgien waren vertreten. Nachdem die Kommission die Arbeitsmethode bestimmt hatte, bezeichnete sie unter den Mitgliedern einige, die einer Unterabteilung angehören sollen, mit dem Auftrage, zu einer Schätzung auf der Grundlage des augenblicklichen Bestandes zu schreiten. 1. Die Unterhaltungsausgaben, die gegenwärtig von verschiedenen Regierungen vorgeschossen wurden. 2. Die Ausgaben die unmittelbar zu Lasten Deutschlands gehen, wie z. B. die Erbringung der Truppenwohnungen und Eisenbahntransporte für sie. Diese Unterkommission wird morgen oder übermorgen bei der Reparationskommission zusammenkommen. Die Kommission soll Freitag eine Vollsitzung abhalten.**

Bombenattentat in Lissabon

wtb. **Madrid, 19. Okt.** Die Zeitung „ABC" meldet aus Vigo: Aus Lissabon treffen Nachrichten ein, wonach bei einem vom Bürgermeister gegebenen Festessen eine Bombe geworfen wurde. Mehrere Personen seien verletzt. Die Polizei habe mehrere Revolutionäre, die in ein benachbartes Kaffee flüchteten, verhaftet.

Die polnische Spionage im Ruhrgebiet

Mit welchen Mitteln die Spione arbeiteten

Der Stimmenfang

Der folgende Bericht über einen Prozeß gegen einen polnischen Spion vor der Essener Strafkammer ist gerade im gegenwärtigen Augenblick, da der Gewaltakt an Oberschlesien in aller Munde ist, von besonderem Interesse.

Essen, 19. Okt. In der Zeit, als die Volksabstimmung in Oberschlesien vorbereitet wurde, gingen die Polen bekanntlich dazu über, ihre Agenten in das rheinisch-westfälische Industriegebiet zu entsenden, die Abstimmungsberechtigte unter Versprechung von Geld und ähnlichen Vorteilen ködern sollten, ihre Stimme für Polen abzugeben. Daneben waren aber auch Agenten tätig, die sich durch List und Betrug in den Besitz von Listen der Abstimmungsberechtigten und anderen Dokumenten, die auf die Abstimmung Bezug hatten, zu setzen versuchten. Ein interessanter Fall dieser Art beschäftigte die Essener Strafkammer. Unter der Anklage des Landesverrats hatte sich der Ingenieur Theodor Schliewa zu verantworten. Der Angeklagte, der aus der Haft vorgeführt wird, ist angeblich in Gleiwitz geboren. Er ist den Reichsbehörden

als gefährlicher Spion bekannt

und der Oberreichsanwalt hatte bereits einmal ein Verfahren gegen ihn wegen Hochverrats eingeleitet, das indessen später eingestellt worden ist. In der Zeit vor der Abstimmung in Oberschlesien hielt er sich im rheinisch-westfälischen Industriegebiet auf und trieb dort polnische Propaganda. Am 27. Juni erschien er auf dem Büro des Verbandes heimattreuer Oberschlesier in Essen und gab an, daß ihm eine Frauensperson, mit der er sich in Köln aufgehalten habe, im Schnellzuge Köln—Berlin seine gesamte Barschaft gestohlen habe. Er bat um ein Darlehen, um nach Geld telegraphieren zu können. Nachdem er einige Zeilen auf einen Zettel geschrieben hatte, die den Telegrammtext darstellen sollten, verlangte man den Text zu lesen, weil man dem Fremdling nicht recht traute. Aber als der Leiter des Büros Einsicht nehmen wollte, zerriß der Mann den Zettel und verzichtete nunmehr auf das Darlehen. Bevor er sich entfernte, knüpfte er auf einem der Büroräume ein Gespräch mit einem Angestellten an, und als er hörte, daß der Angestellte Franz Czepp aus der Kattowitzer Gegend stammte, machte er sich an ihn heran, und bat ihn, mit ihm in die Stadt zu gehen, da er etwas wichtiges mit ihm besprechen wolle. Czepp ließ sich für kurze Zeit beurlauben und erhielt von dem Leiter des Büros den Auftrag,

den Fremden aufs Korn zu nehmen,

weil er in ihm einen polnischen Spion vermutete. Der Verdacht war nur allzu begründet. Czepp begab sich mit seinem Begleiter in seine Wohnung. Dort schilderte der Fremde ihm, wie töricht es von ihm sei, als intelligenter Mensch in Deutschland in dürftigen Verhältnissen zu leben, während er in Polen eine angesehene und glänzend bezahlte Stellung erhalten könne und zwar bei der Abstimmungspolizei oder auf der Eisenbahndirektion oder als Deckoffizier bei der Marine. Czepp zeigte sich zum Schein den streng vertraulichen Lockungen zugängig. Der Spion sagte ihm dann weiter, daß er zunächst hier für die polnische Regierung tätig sein müsse. Er versprach ihm ferner reiche Geldmittel, Möbel und eine schöne Wohnung. Dann fragte er ihn, ob er auf dem Büro der heimattreuen Oberschlesier nicht Einblick in Urkunden und sonstigen wichtigen Schriftstücke erhalten und ob Czepp ihm nicht solche beschaffen könne. Wenn er ihm fertige Abstimmungspapiere aushändige, die an die polnische Abstimmungskommission weiter gegeben werden sollten, dann werde er für 500 000 solcher Listen eine

Summe von mindestens 200 000 ℳ erhalten.

Mit diesen Abstimmungspapieren würden Polen ausgerüstet und zur Abstimmung geschickt. Ferner solle er Lichtbilder vertauschen, damit die mit falschen Lichtbildern versehenen Personen an der Abstimmung verhindert würden. Auch hierfür wurde reichliche Bezahlung in Aussicht gestellt. Der Spion erbot sich, sofort zum polnischen Konsulat zu gehen, und Geld herbeizuschaffen. Der Ehefrau versprach er einen wertvollen Pelzmantel. Dann begab er sich auch tatsächlich zum polnischen Konsulat, kehrte aber bald mit sehr enttäuschtem Gesicht zurück. Auf dem polnischen Konsulat hat man ihn vermutlich über die zuverlässige deutsche Gesinnung des Angeklagten Czepp aufgeklärt. Kurzum, er schlug nach seiner Rückkehr einen ganz anderen Ton an. Er schimpfte auf die Polen, sprach nicht mehr von den erörterten Plänen und suchte den hervorgerufenen Eindruck nach Möglichkeit zu verwischen, indem er die Erörterungen als harmlos und nicht ernst gemeint gelten lassen wollte. Er verabschiedete sich dann und erklärte abreisen zu wollen. Czepp begab sich sofort nach seinem Büro und machte von seinen Erlebnissen Mitteilung. Es wurde schleunigst die Kriminalpolizei benachrichtigt, der es gelang, den gefährlichen Agenten Polens im letzten Augenblick vor der Abreise von Essen hinter Schloß und Riegel zu bringen. Die Strafkammer verurteilte den Angeklagten wegen Aufforderung zur Teilnahme und Landesverrat zu 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis, 5 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Der reichgewordene Korfanty

wtb. **Berlin, 19. Okt.** Von gut unterrichteter Seite wird der „Schlesischen Volkszeitung" aus Oberschlesien folgendes über einzelne Erwerbungen Korfantys geschrieben:

Der Plebiszitkommissar Woiciech Korfanty ist am 21. Mai 1920 von Posen nach Beuthen zugezogen. Folgender Vermögenszuwachs läßt sich feststellen:

1. Korfanty hat am 15. Juni 20 das Hausgrundstück Kattowitz, Holteistraße 3, erworben.
2. Für ihn sind folgende Hypotheken eingetragen worden:
   a) am 25. Oktober 20 im Grundbuch von Woischnik Bd. 4 Blatt 164 Eigentümer Dom Ludowy-Volkshaus G. m. b. H. in Woischnik, in Höhe von 50 000 ℳ mit 4 Prozent Zinsen verzinslich.
3. Er hat als Eigentümer des Grundstücks Kattowitz Bd. 29 Blatt 1083 folgende auf diesem Grundstück lastenden Hypotheken löschen lassen:
   a) am 15. März 21 in Höhe von 100 000 ℳ mit 5½ Proz. verzinslich, bisheriger Gläubiger Kaufmann Max Guttfeld in Kattowitz;
   b) am 13. April 21 in Höhe von 99 300 ℳ mit 4¾ Prozent verzinslich, bisherige Gläubigerin Mecklenburgische Hypotheken- und Wechselbank in Schwerin i. M.
4. Korfanty ist an der am 31. Mai 21 gerichtlich eingetragenen Bank Przemyslowcow A.-G. in Kattowitz mit 5 000 000 polnischen Mark beteiligt, anscheinend als Gründer.
5. Er hat gegen den früheren Abgeordneten und Redakteur der „Gazeta Ludowa", Pospiech in Kattowitz, eine vollstreckbare Forderung in Höhe von 143 770,45 ℳ. Wegen dieser Forderung hat Korfanty den Anspruch des Pospiech gegen den Justizrat Czapla in Beuthen auf Auszahlung eines von Czapla für Pospiech verwalteten Guthabens von über 200 000 Mark pfänden und sich zur Einziehung überweisen lassen.

...welchen politischen Zweck diese Er...ache ... noch haben könne. ... sei der Meinung, daß hier nur der ... erbracht werden ...gesolle, daß anstelle des demokratischen M... ein sozialdemokratischer treten soll. Wichtig ist seine Forderung, daß man in Zukunft sich nicht mit der Passivität der Beamten begnügen könne, sondern man muß von ihnen in Zukunft ein Aktivum im Bekenntnis zur Republik verlangen müsse. Herr Oeser hat nicht Unrecht. Auch der demokratische Staat muß von dem ihm dienenden Beamtentum Achtung verlangen, sowie es Aufgabe der Verwaltungsbehörden sein wird, einer Festigung des neuen Staatswesens dadurch die Wege zu ebnen, daß der Verwaltungsapparat und sein Personenkreis für die Demokratie gewonnen wird. Vor allem ist es der Amtsvorgänger des jetzigen Innenministers, der Mehrheitssozialist Severing, der diesen Gedanken besonders hervorhebt. Er verlangt von dem Beamtentum, daß es sich auf den Boden der Verfassung stelle. Im übrigen gibt er sich Mühe, zu den Beispielen, die Franz Krüger als Interpellant gegen die Methode des Innenministers Dominikus anführte, noch neue hinzuzufügen. Wenn er den sozialdemokratischen Beamten das Wort redet, so will er damit nicht sagen, daß er und seine Freunde für eine Sozialdemokratisierung der Beamtenschaft einträten; aber er müsse wünschen, daß man den Sozialdemokraten den Eingang in die Verwaltung nicht hemme oder sie aus der Verwaltung herausdränge. Die Ausführungen des Abg. Severing läßt der Innenminister nicht unwidersprochen. Mit Entschiedenheit sucht er die von Severing erhobenen Vorwürfe zu entkräften. Der Unabhängige Leid wiederholt noch einmal alles das, was man als Angriffsmaterial gegen Dominikus von sozialdemokratischer Seite schon vorgebracht hat, ohne damit wesentlichen Eindruck zu machen.

Die Berliner Wahlen und ihre politische Bedeutung

Die Zeitumstände, unter denen diesmal die Groß-Berliner Wahlen vor sich gingen, heben das Wahlergebnis weit aus seinem lokalen Rahmen heraus und verleihen ihm eine politische Bedeutung für das ganze Reich. Es ist der unser ganzes deutsche Volk durchziehende und immer deutlich in die Erscheinung tretende Zug nach rechts, der auch in den Berliner Wahlen zum Ausdruck gekommen ist. Die „Freiheit" gibt betrübten Herzens eine charakteristische Zusammenstellung des Verhältnisses der nichtsozialistischen zu den sozialistischen Stimmen, das sich innerhalb der letzten 16 Monate folgendermaßen verschoben hat:

am 20. Juni 1920 zusammen 718 242 nichtsozialistische gegen 917 101 sozialistische Stimmen,

am 20. Februar 1921 zusammen 973 556 nichtsozialistische gegen 964 600 sozialistische Stimmen,

am 16. Oktober 1921 zusammen 845 773 nichtsozialistische gegen 826 749 sozialistische Stimmen.

Das ist eine Abnahme der sozialistischen Stimmen, die zu denken gibt, um so mehr, als sie gerade in Berlin, der bisherigen Hochburg des Sozialismus, zu verzeichnen ist. Nicht nur im Stadtparlament selbst, sondern auch in mehreren Parteibezirken ist mit der sozialistischen Mehrheit aufgeräumt, so namentlich in Berlin-Mitte, Tempelhof und Spandau. Wenn in den Arbeiterbezirken des Nordens und des Ostens eine Mehrheit der drei sozialistischen Parteien bestehen geblieben ist, so hat sie doch eine Umwandlung in sich dadurch erfahren, daß der radikale Teil zugunsten der Mehrheitssozialisten zusammengeschrumpft ist. Die wüste Art der Kommunisten, gegenüber dem sozialistischen Magistrat eine Politik der Straße zu treiben, ist bei den Berliner Arbeitern auf ein sehr geringes Verständnis gestoßen. Die Unabhängigen, die namentlich durch ihren Stadtverordnetenvorsteher Dr. Weyl längst dieser Politik der Gasse Konzessionen machten, haben es am empfindlichsten büßen müssen. Sie sind die Hauptleidtragenden des Berliner Wahlkampfes geworden. Es war den Mehrheitssozialisten nicht möglich, die Stimmen ihrer Brüder von links aufzusaugen. Weite Kreise der Arbeiterschaft scheinen sich in der Erkenntnis, daß es so wie bisher nicht weitergeht, bei den Berliner Wahlen nach rechts orientiert zu haben.

Man kann die politische Bedeutung dieses Wahlergebnisses für das Reich kaum überschätzen. Die in anderen deutschen Ländern vielfach gegen Berlin bestehenden Spannungen beruhen nicht zum geringsten Teil auf der Abneigung gegen das „rote Berlin", dessen immer steigende Schuldenlast und Verwaltungsmängel als abschreckendes Beispiel hingestellt zu werden pflegten. Die sozialistische Verwaltung Berlins war im wesentlichen — und darüber sind alle, auch von jeder parteipolitischen Verhetzung fernstehenden Kreise einig — eine einheitliche und hilflose Mißwirtschaft. So bitter diese Tatsache auch für das wirtschaftliche Wohlergehen für die Stadt war, so hat sie doch wenigstens glücklicherweise dargetan, daß sozialistische Gesinnung allein keine Eignung für Verwaltungsgeschäfte darstellt, und daß jede verwaltungstechnische und verwaltungspolitische Arbeit sorgfältig gelernt werden will. Die Enge und parteipolitische Befangenheit der marxistischen Sozialisten äußerte sich auch in der Berliner Stadtverordnetenversammlung in verhängnisvoller Weise und verhinderte eine gesunde und zweckentsprechende Führung der Geschäfte. Die Reichshauptstadt hat alles teuer bezahlen müssen. Was die bisherige sozialistische Verwaltung tat, war weniger ein zielbewußte Gemeindepolitik, als ein Wettlauf um die Gunst der Massen.

Nun scheint die Berliner Bevölkerung darüber klar geworden zu sein, daß nicht die einseitige Herrschaft irgend einer Partei, sondern nur nützliche und ruhige Zusammenarbeit aller Parteien uns aus dem Sumpf heraushelfen und wieder geordnete Zustände herbeiführen könne. Darauf beruht die große innerpolitische Bedeutung des Ergebnisses der Berliner Wahlen.

Für die bürgerlichen Parteien, denen es endlich gelungen ist, die sozialistische Mehrheit in Berlin zu brechen, ergibt sich die ernste und verantwortungsvolle Aufgabe einer positiven Zusammenarbeit im Dienste des Gemeinwohls unter Zurückstellung aller kleineren parteipolitischen Zwistigkeiten. Die „Freiheit" sucht sich in ihrem Schmerz um die verlorene Schlacht mit der Hoffnung auf die Uneinigkeit der bürgerlichen Parteien zu trösten, und es läßt sich nicht leugnen, daß die bisherigen Vorgänge nicht nur in Groß-Berlin, sondern in Deutschland überhaupt sie bis zu einem gewissen Grade zu dieser Hoffnung berechtigen. Wir können dem nur die Hoffnung entgegenstellen, daß die bürgerlichen Parteien nicht auf ihren Lorbeeren ausruhen, sondern sich mit allem Ernst der großen und wichtigen Aufgaben widmen werden, denen gegenüber bisher die sozialistische Verwaltung Berlins versagte. Es wird sich in keiner Weise darum handeln, einen Kampf gegen die sozialistischen Parteien zu führen, sondern nur darum, ihnen den ihnen gebührenden Platz zuzuweisen, und sie, nachdem ihre Alleinherrschaft gebrochen ist, gleichfalls zur Mitarbeit für das Gemeinwohl heranzuziehen.

Warum uns die gedeckten Wagen fehlen

Von ¼ Million angeforderter Kartoffelwagen werden nur 50 000 gestellt

Dieser Tage wurde von uns über eine kleine Anfrage des Reichstagsabgeordneten Dr. Quaatz berichtet, in der über den zum Teil katastrophalen Mangel an gedeckten Wagen, durch den insbesondere die Beckumer Zementindustrie und die Sauerländer Kleineisenindustrie schwer bedroht sind, Klage geführt und die Reichsregierung gefragt wird, was sie gegen diesen Mißstand zu tun gedenkt. Wie wir an unterrichteter Stelle hören, sind die Gründe des Mangels an gedeckten Wagen folgende. In Hamburg, Bruemen und Emden sind große überseeische Getreidetransporte, nicht nur für Deutschland, sondern auch für Oesterreich, angekommen, in Bremen außerdem bedeutende Mengen Baumwolle für die deutsche Textilindustrie. Da das längere Liegen der Seeschiffe mit ungeheuerlichen Kosten verknüpft wäre, so müssen diese Warenmassen baldigst abgefahren werden, wofür nur gedeckte Wagen in Frage kommen. Baumwolle kann in Bremen nicht gelagert werden. Ferner hat die Kaliindustrie große Aufträge nach Südamerika und endlich stellt die Kartoffelernte große Anforderungen. Sowohl beim Kali wie bei den Kartoffeln kommen in erster Linie gedeckte Wagen in Frage, man hilft sich aber notgedrungen auch mit offenen Wagen. Bei Kartoffeln hat dies keine so sehr großen Bedenken, solange kein Frost eintritt. Ist dieses der Fall, so sind die Schwierigkeiten der Kartoffelversorgung wegen Mangels an gedeckten Wagen nicht abzusehen. Uebrigens zeigt sich in diesem Jahre die merkwürdige Erscheinung, daß für den Kartoffeltransport innerhalb eines Monats 250 000 Wagen angefordert nur etwa 50 000 Wagen betrug. Es liegt hier offensichtlich eine ganz ungeheuerliche Ueberanforderung vor, wie sie sich, wenn auch nur nie in dem Maße, in allen Wirtschaftszweigen zu Zeiten des Mangels an in Betracht kommenden Wagen zeigt. Vielleicht liegt eine Beschleunigung der Kartoffelernte infolge des warmen Wetters sowie wegen des Kartoffelhungers der städtischen Bevölkerung aus Besorgnis vor einer Kartoffelnot zugrunde. Die Eisenbahn kann höchstens 50 bis 60 Prozent der Anforderungen für den Kartoffeltransport decken. — Jedenfalls zeigen diese Verhältnisse, daß die Reichsbahnverwaltung und die Reichsregierung der Frage der gedeckten Wagen ihr besonderes Interesse zuwenden müssen.

Provinznachrichten.

)(**Dortmund**, 18. Okt. **Folgenschwerer Zusammenstoß.** Im Hafengelände wurde ein Fuhrwerk der Zeche Gneisenau von einem Zuge erfaßt. Der Lenker des Fuhrwerks, Ferdinand Gothe aus Altenderne, erlitt schwere Verletzungen. Das Pferd wurde getötet und das Fuhrwerk zertrümert.

)(**Horn (Lippe)**, 18. Okt. **Die Hermannsschlacht auf dem Notgeld.** Die Amtsgemeinde Horn hat drei Geldscheine zu je 50 Pfg. mit Darstellung aus der Varusschlacht herausgegeben. Der erste Schein ist schon in hunderttausend Exemplaren verbreitet. Man sieht, daß die Gemeinden mit der Spekulation auf die Sammelwut weiter Kreise kein schlechtes Geschäft machen.

)(**Remscheid**, 19. Okt. **Neue Lohnforderungen in der Remscheider Industrie.** Nachdem in der Remscheider Eisen- und Metallindustrie erst jüngst ein neues Lohnabkommen zustande gekommen ist, haben die drei Gewerkschaften neue Lohnforderungen aufgestellt.

)(**Oberhausen**, 19. Okt. **Für 569 000 Mark Gelände verkauft.** Die Stadtverordneten haben in geheimer Sitzung den Verkauf eines 70 Morgen großen Grundstücks zum Preise von 560 000 Mark an die Firma Thyssen genehmigt. Die Firma beabsichtigt den Bau von größeren Werksanlagen.

19

Liebe erweckt Liebe.

Originalroman von **H. Courths-Mahler.**

Nachdruck verboten.

„Wenn du jetzt ehrlich wärest, müßtest du Ellen vor ihrem Verlobten warnen. Du müßtest ihr sagen: Traue ihm nicht, er trachtet nur nach deinem Gelde und wird dich ehrlos verraten, wie er mich verraten hat."

Und dann dachte sie weiter:

„Aber du wirst nicht ehrlich sein — in solchen Fällen hat wohl kein Mensch den Mut, ehrlich zu sein. Auch du nicht. Du wirst schweigen und es geschehen lassen, daß dieses vertrauende Geschöpf betrogen wird, wie du betrogen wurdest. Du kannst nur hoffen und wünschen, daß die arme Ellen die Erkenntnis erspart bleibt, wem sie sich zu eigen gibt."

So sagte sich Felicitas, unwillkürlich drückte sie Ellen wärmer und herzlicher an sich als sonst.

„Mögest du immer so glücklich sein, wie heute, liebe Ellen," sagte sie weich und warm.

Ellen drückte ihr strahlend die Hand.

„Ja, Fee, ich bin unmenschlich glücklich. Denke nur, Papa wollte uns seine Einwilligung erst gar nicht geben. Harry und ich haben so lange darauf warten müssen. Im Grunde sind wir nämlich schon seit drei Monaten heimlich verlobt, wenn auch ohne Papas Genehmigung, um die ich so lange darauf bitten mußte."

Harry Forst erblaßte merklich unter dem eisigen Blick, den Fee über sein Gesicht gleiten ließ. Hans Ritter sah besorgt in das Antlitz seiner Braut und legte ihre Hand, sie leise und beruhigend drückend, auf seinen Arm. Fee wandte sich zu ihm und lächelte ihn dankbar an. Dies Lächeln erfüllte ihn mit Wärme, während es in Forsts Herzen Qualen der Eifersucht erweckte. Er gönnte Ritter dies Lächeln nicht, ihm war zu Mute, als müsse er Fee von seiner Seite reißen.

„So, so — schon seit drei Monaten bist du heimlich verlobt, Ellen?" fragte Fee im hellen, klingenden Tone.

Ellen nickte lachend, ahnungslos, welche Empfindungen die drei Menschen bewegten, die neben ihr standen.

„Ja, Fee, Papa hat uns arg zappeln lassen, gelt, Harry? Wir waren sehr unglücklich darüber."

Ein eisiges Lächeln umspielte Fees Lippen, während sich ihre stolze Seele wieder in Scham und Verzweiflung wand, weil sie diesen Mann geliebt, der ein Doppelspiel getrieben mit Ellen und ihr.

Harry Forst aber fuhr sich nervös über die Stirn.

„Ich bitte dich, Ellen, das sind doch Angelegenheiten, die nur dich und mich interessieren," sagte er hastig und wünschte sich weit fort.

Ellen blickte ihn neckisch an.

„Ach, da irrst du sehr, Harry. Brautleute haben für so etwas immer Interesse. Nicht wahr, Fee?"

„Mir war das, was du sagtest, jedenfalls sehr interessant, Ellen", antwortete Fee, und sie empfand fast grausame Befriedigun darüber, daß Forst diese Situation unangenehm war."

„Du hast natürlich keine so lange Prüfungszeit hinter dir, liebe Fee. Dir konnte niemand die Einwilligung zur Verlobung vorenthalten", fuhr Ellen fort. „Und für deinen Verlobten — ach, für den gibt es überhaupt kein Hindernis. Papa sagt immer: Hans Ritter meistert das Leben wie einen gut dressierten Gaul, dem kein Hindernis zu hoch, kein Graben zu breit ist."

Ritter verbeugte sich lächelnd.

„Hoffentlich gereicht mir dieser Ausspruch Ihres Herrn Vaters nicht zur Unehre, mein gnädies Fräulein."

Ellen schüttelte energisch den Kopf.

„O nein — im Gegenteil. Ich bewundere derartige Männer, wie sie einer sind, Herr Ritter. Wir schwachen Frauen lassen uns nur zu gern von männlicher Kühnheit und Stärke imponieren. Gelt, Fee — wir haben in den Pensionen immer von solchen Helden geschwärmt?"

Ritter lachte und brachte schnell ein anderes Thema auf.

Nach einer Weile fragte Ellen lebhaft:

„Wann wirst du Hochzeit halten, Fee? Könnten wir nicht zusammen unsere Hochzeit feiern?"

Fees Gesicht rötete sich leicht.

„Darüber haben wir noch nicht gesprochen. Der Termin ist noch nicht festgesetzt, mein gnädiges Fräulein," kam Ritter ihr zu Hilfe.

„O, der unsere ist bereits festgesetzt. Wir heiraten Anfang März und machen dann eine Hochzeitsreise nach dem Süden. Bis nach Cairo wollen wir reisen. Wir haben uns alles schon ausgemalt, Harry und ich. Da wir uns zu gleicher Zeit verlobt haben, fände ich es reizend, wenn wir auch zu gle... Zeit Hochzeit hielten," plauderte Ellen, sich innig an ihren Verlobten schmiegend, der über diese ostentative Vertraulichkeit entschieden verlegen war. Er stand überhaupt wie auf Kohlen und suchte krampfhaft nach einem Vorwand, sich mit ...en entfernen zu können."

Fee wußte nicht, was sie auf Ellens Worte erwidern sollte, und wieder war es Ritter, der ihr über die Situation hinweg half.

„Das geht auf keinen Fall, mein gnädiges Fräulein," sagte er scherzend. „Wir können doch unmöglich unsere gemeinsamen Freunde und Bekannten vor die Alternative stellen, entweder auf Ihrer oder auf unserer Hochzeit zu tanzen. Wir sind also geradezu verpflichtet, zu einer anderen Zeit Hochzeit zu halten."

Ellen lachte.

Allerdings, — dies Argument ist stichhaltig."

„Komm, Ellen — wir müssen Oberst Maßberg und Frau Gemahlin begrüßen," sagte Forst jetzt hastig, als er die Bezeichneten eintreten sah. Noch nie hatte er das Erscheinen seines Vorgesetzten mit solcher Freude begrüßt. Und fast gewaltsam entführte er, sich vor Fee und Ritter verneigend, seine Braut."

(Fortsetzung folgt.)

Aus Stadt und Amt Rheine

Donnerstag, den 20. Oktober 1921.

Städtische Kartoffelversorgung

Von informierter Stelle erfahren wir:

Die brennendste Frage in allen Städten ist gegenwärtig die Frage, wie die Versorgung mit Kartoffeln durchgeführt, wie übermäßige Preise verhindert werden können. Nachdem die Urteile über die Auffassung, wie die Kartoffelernte ausfalle, lange Zeit sehr geteilt waren, besteht heute kein Zweifel mehr, daß die Hoffnungen auf eine gute Ernte sich nicht erfüllt haben. Nach der Beseitigung der Zwangswirtschaft ist zwar der Anbau beträchtlich vermehrt und insbesondere auch die Bodenbearbeitung intensiver, die Verwendung von Kunstdünger vermehrt worden, sodaß bis weit in den Sommer hinein ein günstiger Stand der Kartoffelfelder zu verzeichnen war, der hohe Erwartungen rechtfertigte. Die Dürre hat dann sehr nachteilig gewirkt und den Ertrag der Ernte stark vermindert. Da auch im Auslande die Kartoffelernte mäßig ist, der Stand der Mark zudem eine Einfuhr nur zu ganz enormen Preisen gestattet, so ist das zur Verfügung stehende Quantum begrenzt. Nach Auffassung maßgebender Stellen geht die Begrenzung aber nicht soweit, daß eine Not eintreten könnte. Es fehlten zwar in den letzten Wochen auf den Märkten sehr beträchtliche Mengen, sodaß sprunghafte Steigerungen eintraten, aber vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft ist wiederholt erklärt und belegt worden, daß diese Stockung in der Lieferung zurückzuführen sind auf mangelhafte Wagengestellung, so in einer Konferenz mit den Gewerkschaften und desgleichen mit dem Reichskommissar Mehlich-Dortmund, über deren Verhandlungen Berichte in der Presse erschienen sind. Es ist hinzugefügt worden, daß die Wagengestellung mittlerweile um die Hälfte gesteigert ist. Damit wird eine Beseitigung der Schwierigkeiten eintreten. Tatsächlich liegen aus verschiedenen Bezirken bereits Meldungen vor, wonach die Zufuhren von Kartoffeln stark gestiegen sind.

Darf man somit annehmen, daß die Befürchtungen der letzten Zeit übertrieben sind und daß die Schwierigkeiten unverzüglich abnehmen und verschwinden werden, so bleibt noch die Frage offen, wie sich die Preise gestalten. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat die Preisbildung der letzten Zeit, wie sie sich in vielen Städten zeigt, für bedauerlich erklärt und mit den Gewerkschaftsvertretern über die Möglichkeit der Einwirkung gesprochen. Die Mittel, die vielfach empfohlen wurden, Höchstpreise oder Richtpreise, führen erfahrungsgemäß nicht zum Ziele und eine Neigung, sie anzuwenden, besteht darum nicht. Sie lassen die Ware verschwinden und damit zugleich den reellen Handel, der dann durch Schieber- und Schleichhandel ersetzt wird, wobei der Konsument die Kosten zu tragen hat. In Braunschweig ist der Versuch mit der Festsetzung von Höchstpreisen — 35 ℳ — gemacht worden und der Erfolg ist, daß keine Ware da ist. Hingegen hat der Reichsernährungsminister Dr. Hermes zugesagt, daß die Preisprüfungsstellen veranlaßt werden sollen, im lokalen Verkehr auf die Preisbildung unter Berücksichtigung der jeweiligen Verhältnisse zu wirken und ferner auf die Anwendung der Wuchergesetze besonders hinzuweisen. Vor allem aber hat der Minister erneut auf die direkte Verbindung zwischen Stadt und Land, zwischen Produzenten und Verbraucher hingewiesen und erklärt, daß er diese Verbindung weiterhin fördern werde. Es haben in der letzten Zeit hierüber Verhandlungen im Ministerium mit den beteiligten Verbänden, namentlich Genossenschaften und Konsumvereine, stattgefunden, welche auf allen Seiten die große Bereitwilligkeit zeigten, im Sinne dieser unmittelbaren Verbindung zu arbeiten. Hier haben die Kommunen die Möglichkeit einer starken Initiative und in manchen Städten sind bereits gute Erfolge zu verzeichnen. Man ist sich in den beteiligten Kreisen darüber einig, daß die Regelung der Frage nicht zentral vorgenommen werden kann, sondern nur dezentralisiert. Sie bringt, in dieser Weise durchgeführt, für den Verbraucher wie für den Konsumenten Vorteile in Form einer günstigen finanziellen Regelung. Nach unseren Informationen werden die Arbeiten in diesem Sinne in der Regierung fortgesetzt.

Westfälisches Städtebundtheater Rheine

Der nächste Theaterabend am 27. Oktober

Die zweite Vorstellung des Westfälischen Städtebundtheaters in Rheine findet am Donnerstag, den 27. Oktober, abends 8 Uhr im Elversschen Saale statt. Zur Aufführung gelangt ein Werk Grillparzers, das Schauspiel „Des Meeres und der Liebe Wellen“. Folgendes diene zur Einführung: „Des Meeres und der Liebe Wellen“, auf einer Erzählung des Dichters Musäus beruhend, ist die herrlichste Liebestragödie in deutscher Sprache und steht ebenbürtig neben Shakespeares „Romeo und Julia“. Eine Liebestragödie voll innerer Harmonie, künstlerischen Takts zartester und keuschester Empfindung, süßesten Wohllauts der Sprache, unter Verzicht auf jede äußerliche Theatralik und prunkvolle Rhetorik. Die kluge und sinnige Hero, die durch die Allmacht der Liebe zum Weibe erweckt, ohne Reue und Schuldbewußtsein das für sie Naturnotwendige ergreift, ist eine der schönsten und wahrsten Frauengestalten der Weltliteratur. Das Trauerspiel, das am 3. April 1831 seine Uraufführung am Hofburgtheater zu Wien mit zweifelhaftem Erfolg erlebte, ist erst später in seinem ganzen Wert erkannt worden Daß das Werk mit besonderer Liebe einstudiert ist, braucht wohl nicht besonders betont zu werden.

Schutz der Kriegshinterbliebenen gegen Zwangsvollstreckung

Vom Versicherungsamt Coesfeld wird uns geschrieben: Nach Ablauf der zuletzt durch Gesetz vom 22. Dezember 1920 bis zum 1. Juli 1921 verlängerten Gültigkeit des zum Schutze der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsvollstreckung erlassenen Gegesetzes ist von einer Verlängerung dieses Schutzgesetzes abgesehen worden, da nach übereinstimmender Ansicht der zuständigen Reichs- und Landesstellen der Zweck des Gesetzes durchaus erreicht war. Die Kriegsbeschädigten sind inzwischen in den weitaus meisten Fällen wieder in der Lage, ihre wirtschaftlichen Verhältnisse allein zu regeln; ein weiterer gesetzlicher Schutz würde ihrer Selbständigkeit und auch ihrer Kreditfähigkeit Abbruch tun. Anders stehen in dieser Beziehung die Kriegshinterbliebenen da. Infolge des Todes ihres Ernährers plötzlich auf sich selbst angewiesen, bedürfen sie in der Regel wegen ihrer Unkenntnis der Verhältnisse und Unselbständigkeit eines besonderen, länger andauernden Schutzes, und zwar sowohl auf dem Gebiete der Zwangsvollstreckung, wie überhaupt bei der Prozeßführung. Dieser Schutz ist den Kriegshinterbliebenen gewährt worden, zwar nicht in Gesetzesform, wohl aber durch die Einführung eines zweckentsprechenden, den wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung tragenden Zusammenwirkens zwischen den Prozeßgerichten und den Fürsorgestellen der sozialen Kriegsbeschädigtenfürsorge. Auf Anregung des Reichsarbeitsministers hat der Reichsjustizminister am 29. April 1921 ein Rundschreiben (vgl. Reichsversorgungsblatt Jahrg. 1921 Bl. 37 Nr. 637) an die Landesjustizverwaltungen gerichtet, in welchem die Gerichte veranlaßt werden, von sich aus Feststellungen zu treffen, ob es sich bei Beklagten um schutzbedürftige Kriegshinterbliebene handelt. Kommen solche in Frage, dann werden die Gerichte hinfort den Fürsorgestellen Mitteilung machen und diese Stellen dadurch in die Lage versetzen, mit größter Beschleunigung zu prüfen, ob ein Eingreifen der Fürsorge nach Lage des Falles notwendig erscheint. Die erforderlichenfalls alsdann sofort einsetzende Tätigkeit der Fürsorgestellen hat dahin zu wirken, daß durch Verhandlungen mit den Gläubigern erleichterte Zahlungsbedingungen, Stundung, Herabsetzung der Schuldsumme usw. vermittelt werden. Sie hat ferner für Bereitstellung von Mitteln und Hergabe von Darlehen Sorge zu tragen, aber auch andererseits der pünktlichen Innehaltung der für die Verpflichteten erwirkten günstigeren Zahlungsbedingungen Beobachtung zu schenken.

Es darf erwartet werden, daß durch dieses Zusammenwirken von Gerichten und Fürsorgestellen wirtschaftlichen Schädigungen der Kriegshinterbliebenen in vielen Fällen vorgebeugt wird.

Soweit ausnahmsweise einzelne Kriegsbeschädigte zur Führung ihrer Angelegenheiten, einschließlich etwaiger Prozesse, nicht in der Lage sein sollten, werden die Fürsorgestellen der sozialen Kriegsbeschädigtenfürsorge ebenfalls ohne weiteres eintreten und ihnen Schutz und Hilfe angedeihen lassen.

Die Lage des Arbeitsmarktes in Westfalen und Lippe

in der Zeit vom 9. bis 16. Oktober 1921.

Die günstige Arbeitslage des Arbeitsmarktes in Westfalen und Lippe hielt im allgemeinen an. Bei gutem Beschäftigungsgrad in fast allen Industriezweigen bestand erhöhte Nachfrage hauptsächlich nach Facharbeitskräften.

In der Landwirtschaft besserte sich das Angebot an männlichen Arbeitskräften, dagegen ließ die Nachfrage allgemein etwas nach, da der Arbeiterbedarf für die Kartoffelernte vielfach gedeckt ist. Bei landwirtschaftlichen Eleven überstieg die Nachfrage das Angebot. Landarbeiterfamilien waren nach wie vor schlecht unterzubringen, doch geht eine Anzahl von Landwirten neuerdings dazu über, mit Hilfe von Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge Landarbeiterwohnungen für deutsche Landarbeiter zu bauen. Eine schärfere Kontrolle der in der Landwirtschaft beschäftigten ausländischen Arbeiter hat verschiedentlich Arbeitgeber dazu veranlaßt, auf die Beschäftigung von Ausländern zu verzichten und an deren Stelle deutsche Arbeitskräfte einzustellen. Der Rückgang der Ausländerbeschäftigung in landwirtschaftlichen Betrieben vollzieht sich jedoch nur allmählich.

Die Metallindustrie ist in allen Bezirken weiterhin gut beschäftigt, sodaß sich teilweise schon ein erheblicher Bedarf an bestimmten Spezialarbeitskräften zeigt. Gesucht sind insbesondere neben Facharbeitern für die Ahlener Emailleindustrie Elektriker und Monteure, Gießer, Kesselschmiede, Klempner und Installateure, Autogenschweißer, Schleifer, Bauschlosser, Schmiede (hauptsächlich Huf und Wagen) und Schweißer. Der Bedarf kann aus dem eigenen Bezirk mangels genügenden Angebots nicht gedeckt werden. Die Hagener Schloßfabriken sind voll beschäftigt. Im Bezirk Rheine mußten in der Vorwoche 2 größere Betriebe infolge Strommangels die Arbeit vorübergehend einstellen. Etwa 1000 Arbeiter wurden dadurch beschäftigungslos. Die Niedersächsischen Kraftwerke in Ibbenbüren waren infolge Maschinendefekts und eines ausgebrochenen Streiks im Kreise Tecklenburg wegen Kartoffellieferung erst am 13. 10. wieder in der Lage, Strom zu liefern.

Das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe zeigt bei gutem Geschäftsgang vermehrte Arbeitsmöglichkeiten hauptsächlich für weibliche Arbeitskräfte. Eine Zuckerfabrik im lippischen Bezirk hat ihre diesjährige Campagne wieder aufgenommen. Etwa 200 Arbeitskräfte können hierbei untergebracht werden. Der Bedarf wird örtlich gedeckt. Die seit dem 1. Oktober erhöhte Tabaksteuer hat weitere Arbeiterentlassungen nach sich gezogen. Im Bezirk Kirchlengern hat sich die Zahl der beschäftigungslosen Zigarrenarbeiter und -arbeiterinnen von 130 auf 190 Personen erhöht. Ebenfalls mußten im Bezirk Oeynhausen bei einer Firma 50 Arbeiter eine Woche aussetzen. Eine weitere Firma hat etwa 30 Personen auf unbestimmte Zeit entlassen.

Textilindustrie. Der im Bericht der Vorwoche erwähnte Streik der Textilarbeiter im Bezirke Gütersloh (etwa 1000 Personen) ist noch nicht beendet. Einige Streiks bei Firmen im Bezirk Rheine konnten inzwischen beigelegt werden.

* **Rheiner Hilfe für Oppau.** An Spenden für die Hinterbliebenen der Opfer von Oppau gingen ferner bei uns ein:

Ergebnis einer von Herrn Werkstättenvorsteher Lohoff veranstalteten Sammlung unter der Arbeiter- und Beamtenschaft des vom Genannten geleiteten Eisenbahn-Betriebswagenwerkes Rheine . . . 232 ℳ
Hierzu bisher veröffentlicht . . . . . 3347 ℳ

Zusammen 3579 ℳ

Weitere Spenden nimmt die Geschäftsstelle der „Münsterländischen Volkszeitung“, Bahnhofstr. 2, gern entgegen und werden baldigst erbeten.

* **Verkauf von Möhren und Weißkohl.** Wie den Mitgliedern des Gartenbauvereins Rheine durch eine frühere Notiz in dieser Zeitung bereits bekannt ist, hat der Bürgerverein hinter der Bahn den Mitgliedern des Gartenbauvereins von seiner Sendung Möhren und Weißkohl einen Posten zur Verfügung gestellt. Die Möhren und der Weißkohl sind eingetroffen. Der Verkauf findet heute (Donnerstag) bei Herrn Frebe (hinter der Bahn, gegenüber Prax) statt, und zwar für die Mitglieder des Bürgervereins vor- und nachmittags, für die Mitglieder des Gartenbauvereins von 12 bis 2 Uhr. Die Möhren kosten für die Mitglieder des Gartenbauvereins pro Zentner 55 Mark, für solche Mitglieder, die neulich Weikohl von der Waggonladung gekauft haben, 50 Mark. Mögen die Mitglieder, die sich bereits ganemeldet haben, von dieser günstigen Gelegenheit Gebrauch machen.

* **Geologischer Kursus in Rheine.** Am morgigen Freitag, den 21. Oktober, findet eine Exkursion nach Neuenkirchen-Land statt. Abfahrt um 1.45 Uhr.

* **Folgenummern für Fernsprechanschlüsse.** Gegenüber Fernsprechteilnehmern mit starkem Verkehr sorgen die Fernsprechämter dafür, daß genügend Platz für weitere Anschlüsse des Teilnehmers unter Zuteilung von Folgenummern verbleibt. Folgenummern sind Rufnummern, die nach ihrer Lage im Klinkenfeld eine in sich geschlossene Umrandung zulassen, sodaß sie ohne weiteres vom Amt aus wahlweise benutzt werden können. Es empfiehlt sich, daß Teilnehmer mit einer größeren Zahl von Anschlüssen diese möglichst in solche für abgehenden und für ankommenden Verkehr trennen. In solchen Fällen brauchen nur die Anschlüsse für den ankommenden Verkehr zusammengelegt zu werden.

* **Kostenfreie Uebermittlung angekommener Telegramme durch Fernsprecher.** Der Fernsprechteilnehmer kann bei seiner Telegraphenanstalt schriftlich beantragen, daß für ihn angekommene Telegramme der von ihm bezeichneten Sprechstelle übermittelt werden. Diese Uebermittlung erfolgt jetzt kostenfrei. Die Ursprungsausfertigung des zugesprochenen Telegramms wird dem Fernsprechteilnehmer mit der Post als gewöhnlicher Brief — ebenfals kostenfrei — zugestellt. Ebenso werden Telegramme an einen Empfänger, der sich bei einem Fernsprechteilnehmer aufhält oder in dessen Diensten steht, zugesprochen, wenn der Empfänger es beantragt und der Anschlußinhaber zustimmt. Meldet sich bei der Teilnehmerstelle ein Unbefugter zur Entgegennahme des Telegramms oder hört er dessen Inhalt mit, so ist die Teelegraphenverwa... graphengeheimnisses nicht ... wie Berlin, wo die A... übermittelnden angekom... sehr erschweren würde ... daß die Telegramme ... „Fernsprecher“ vor der ... sehr lange oder um ge... fremder oder verabredeter ... verwaltung abweichend von ... abtragen lassen, wenn die Teleg... und sicherer zugestellt werden.

* **Stenographisches Prüfungsamt.** Magistrat der Stadt Münster errichtete ... fungsamt“ wird anfangs November ds. ... für Geschäfts- und Verwaltungsstenographen ... halten. Meldungen, denen ein Lebenslauf beizufügen ... an das Städtische Schulamt, Zimmer Nr. 302 des neuen ... hauses zu richten. Von hier können auch die Satzungen ... Prüfungsamtes gegen Erstattung der Portokosten bez... werden.

* **Verband westfälischer Baugenossenschaften.** Im Anschluß an die Mitgliederversammlung des Westfälischen Wohnungsvereins tagte im Saale des Rathauses der Verband Westfälischer Baugenossenschaften. Den Vorsitz der Versammlung führte Geh. Regierungsrat Dr. Althoff. Nach Erledigung des geschäftlichen Teils folgten nicht weniger als sieben Referate über die dringendsten Gegenwartsfragen der Bauvereinspraxis, wie „Brandnotversicherung der Bauvereine“, „Steuern und Bauvereine“, „Baustoffbeschaffung“, „Selbsthilfe und Naturbauweisen“ usw. Den einzelnen Referaten schloß sich jeweils eine weitgehende, sehr angeregte Aussprache an, an der sich Fachleute auf allen Gebieten des Wohnungswesens beteiligten. Die umfangreiche Tagesordnung, die am Vormittag nicht erledigt werden konnte, wurde nach einem gemeinschaftlichen Mittagessen bis zum Abend fortgesetzt. Im Verlaufe der Beratungen am Nachmittag kamen verschiedene Entschließungen zur Verlesung, die einstimmige Annahme fanden. Zwei derselben befaßten sich mit der Forderung einer besseren Definition des Begriffes der Gemeinnützigkeit, der durch die verschiedenen Gesetze eine jeweilig andere Auslegung erfährt in seiner Einwirkung auf die Steuern, die die Baugenossenschaften betrafen. Die Anerkennung der Gemeinnützigkeit im Sinne des Umsatzsteuergesetzes hat der Reichsfinanzhof den Baugenossenschaften aberkannt, während er ihn den Gesellschaften m. b. H. zugesprochen hat mit der Begründung, daß die Gesellschaft m. b. H. dem Wohle der Allgemeinheit zu dienen geeignet sei, während die Genossenschaft nur für ihre Mitglieder tätig sei. Die Versammlung forderte nur durch die Entschließung dringend eine Abänderung des Umsatzsteuergesetzes dahin, daß allen gemeinnützigen Bauvereinigungen, aber auch den Baugenossenschaften der Charakter der Gemeinnützigkeit im Sinne des Umsatzsteuergesetzes zuerkannt wird.

17. Verbandstag des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes in Essen Ruhr

Man schreibt uns: Unmittelbar im Anschluß an den 15. Deutschen Handlungsgehilfentag, über dessen Verlauf wir bereits berichteten, fand am Sonntag Nachmittag um 4 Uhr im Hotel Vereinshaus zu Essen eine Reichstagung der Kohlenfachgruppe in DHV. statt, die die gesamten kaufm. Angestellten von der Urgewinnung bis zum Kleinhandel umfaßt. Aus der Tagesordnung ist besonders hervorzuheben ein Vortrag des Herrn Dr. Jahn-Berlin über „Die Bedeutung der Kohle für die gegenwärtige Wirtschaftspolitik“, der von den sehr zahlreich erschienenen Angestellten mit lebhaftem Interesse aufgenommen wurde. Der große Festsaal des Städt. Saalbaues reichte nicht aus, um alle die zahlreichen Gäste des Festabends am Sonntag abend aufzunehmen, für dessen gutes Gelingen neben dem Chor des Essener christl. Metallarbeiterverbandes auch andere hervorragende künstlerische Kräfte, insbesondere der „Deutschen Bühne“, Gewähr boten. Für die am Montag Vormittag einsetzenden Verhandlungen des Verbandstages, der durch einen Orgelvortrag des Herrn Kirchenmusikdirektors Ebing-Essen „Fantasie und Fuge über Bach“ um 10 Uhr eingeleitet wurde, hatten besondere Sitzungen der Abgeordneten aus den zahlreichen Gauen am Sonntag, den Boden bereits vorbereitet. Die Verhandlungen waren interner Natur und galten den inneren Angelegenheiten des DHV. Die vorliegenden Anträge bezweckten insbesondere die Vornahme der Satzungsänderung und Beitragserhöhung und wurden von den etwa 400 Abgeordneten des In- und Auslandes in fast allen Teilen einstimmig angenommen. Jedenfalls bekundeten alles im Allen die Verhandlungen den einmütigen Willen des DHV. nach jeder Richtung hin trotz aller gegnerischen Anfeindungen auf dem beschrittenen, als richtig erkannten Wege fortzufahren zum Wohle des Standes der angestellten Kaufleute und der Volksgesamtheit. Die Schlußworte des Gauvorstehers Miltzow-Leipzig, mit denen die arbeitsreiche Tagung um 5 Uhr ihr Ende fand, galten insbesondere der Gemeinschaftsarbeit mit den Bruderorganisationen im Deutschen Gewerkschaftsbund, den christlichen Arbeitergewerkschaften, dem Gesamtverband Deutscher Angestellten- und dem dazu gehörigen Beamtengewerkschaften, deren ständiges Aufwärtssteigen an Mitgliederzahl und Bedeutung auch die oft unsauberen und gehässigen Angriffe der sozialdemokratischen freien Gewerkschaften und des Afabundes keinen Abbruch zu tun in der Lage sein werden Einem Teile der Verhandlungen wohnte auch der Führer des christl. Bergarbeiterverbandes, der Reichstagsabg. Imbusch bei. Zahlreiche Telegramme der oberschlesischen Ortsgruppen und Jugendabteilungen bekunden ihre Treue zum Deutschen Volk und Vaterland, ebenso wie die Vertreter aus dem Saarlande. Jedenfalls kann festgestellt werden, daß diese beiden Tagungen an Bedeutung alle ihre Vorgängerinnen übertreffen und ohne Zweifel einen nicht geringen Eindruck und entsprechenden Einfluß nicht nur bei den Teilnehmern, sondern auch in der gesamten Oeffentlichkeit, den Trägern des Staates- und Wirtschaftslebens, hinterlassen und ausüben werden. Die berufsamtl. Vertreter des Verbandes werden noch einige Tage zu besonderen Arbeitssitzungen in Essen bleiben. Der nächste Verbandstag findet in Königsberg statt.

Vereins-Kalender

Kathol. Gesellenverein (Sportabteilung). Freitag, abends abends 8,30 Uhr Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht über das verflossene Halbjahr; 2. Kassenbericht; 3. Neuwahl des Vorstandes und des Spielausschusses; 4. Verschiedenes. Erscheinen ist Pflicht. Falls ein Mitglied am Erscheinen verhindert ist, hat er sich beim Spielausschuß zu entschuldigen.

Rotationsdruck und Verlag von Joseph Altmeppen, Buchdruckerei und Zeitungsverlag. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Schriftleiter Herbert von Borst, für den Anzeigen- und Reklam. teil Joseph Altmeppen, sämtlich in Rheine.
Bei Eintritt höherer Gewalten, Papiermangel, Versagen der Lieferungsmittel, wird keine Gewähr für Lieferung geleistet auch nicht für Erfüllung bezüglich Platz und Tag der Aufnahme. Nichterfüllung der Bezugsgelder wegen ungenügender Lieferung ausgeschlossen.
Für Aufbewahrung und Zurücksendung unverlangter Einsendungen wird keine Gewähr übernommen

Wohnungsnot?

...ungen

...er

...eber, Arbeitnehmer

... Berlin-Steglitz.

...Reiches und der Länder, wel... und Besserung der Wohnungs... Interesses der Oeffentlichkeit zu er... im Verlaufe des vergangenen Monats ...preußischen Landtages über die Aenderung ...setzes vom 14. Juli 1893 nur unter ge... vollzogen. Dieses Gesetz bedurfte infolge ...alzung in unserer Steuergesetzgebung einer Reihe ...sonder Eingriffe, um den Gemeinden teils neue Steuer... zu sichern, teils die vorhandenen alten zu erweitern. Die ...ffenden Beschlüsse des Landtages vom 14. Juli 1921 haben ...einem Gesetze zur Aenderung des Kommunalabgabengesetzes ...hren Niederschlag gefunden, welches, falls nicht wider alles Erwarten der Staatsrat Einspruch erhebt, schon in allernächster Zeit in der preußischen Gesetzsammlung veröffentlicht werden wird. Jedenfalls darf man wohl schon heute mit dem Inkrafttreten dieser Bestimmungen als einer endgültigen Tatsache rechnen. Ob sie sich als taugliches Mittel zu dem gewünschten Zwecke und vor allem als ein leicht zu behandhabendes Instrument erweisen werden, wird die Zukunft lehren, vorläufig werden noch gewisse Zweifel gestattet sein. Hinter § 9 des Kommunalabgabengesetzes wird ein für die Arbeitgeber und Arbeitnehmer und nicht minder für die Gemeinden hoch bedeutsamer § 9a eingeschaltet. Ich lasse zunächst eine Wiedergabe des Wortlauts folgen:

„Die Gemeinden können behufs Deckung der Kosten für Herstellung und Unterhaltung von Veranstaltungen, welche durch das öffentliche Interesse erfordert werden, von denjenigen Grundeigentümern und Gewerbetreibenden, denen hierdurch besondere wirtschaftliche Vorteile erwachsen, Beiträge zu den Kosten der Veranstaltungen erheben. Die Beiträge sind nach den Vorteilen zu bemessen.

Beiträge müssen in der Regel erhoben werden, wenn andernfalls die Kosten einschließlich der Ausgaben für die Verzinsung und Tilgung des aufgewendeten Kapitals durch Steuern aufzubringen sein würden.

Der Plan der Veranstaltung ist nebst einem Nachweise der Kosten offen zu legen. Der Beschluß der Gemeinde wegen Erhebung von Beiträgen ist unter der Angabe, wo und während welcher Zeit Plan nebst Kostennachweis zur Einsicht offen liegen, in ortsüblicher Weise mit dem Bemerken bekannt zu machen, daß Einwendungen gegen den Beschluß binnen einer bestimmt zu bezeichnenden Frist von mindestens 4 Wochen bei dem Gemeinde-Vorstande anzubringen seien. Handelt es sich um eine Veranstaltung, welche nur einzelne Grundeigentümer und Gewerbetreibende betrifft, so genügt anstelle der Bekanntmachung eine Mitteilung an die Beteiligten. Ueber Einwendungen entscheidet die zur Genehmigung von Gemeindebeschlüssen nach diesem Gesetze zuständige Behörde.

Zu diesem Behufe hat der Gemeindevorstand den Beschluß nebst den dazu gehörigen Vorverhandlungen und der Anzeige, welche Einwendungen innerhalb der gestellten Frist erhoben sind, der zuständigen Behörde einzureichen.

Der Beschluß der zuständigen Behörde steht dem Beteiligten die Beschwerde zu bringen, wie der Beschluß der Gemeinde bekannt gemacht worden ist.

Gegen den Beschluß der zuständigen Behörde steht dem Beteiligten die Beschwerde offen. Sind Einwendungen nicht innerhalb der gesetzlichen Frist erhoben, oder ist über die erhobenen rechtskräftig entschieden, so hat dies der Gemeindevorstand in der in Abs. 3 angegebenen Weise bekannt zu machen. Mit dieser Bekanntmachung wird der Beschluß rechtswirksam."

An diese Bestimmungen des § 9 wird sich nun in der neuen Fassung folgender § 9a anschließen:

„Als Veranstaltung im Sinne des § 9 gilt auch der Bau von Kleinwohnungen. Als wirtschaftlicher Vorteil ist dabei für die Heranziehung von Arbeitgebern zu Beiträgen die Tatsache anzusehen, daß durch die geplanten Wohnungen eine unter den Arbeitnehmer der Arbeitgeber hervorgetretene Wohnungsnot gemildert oder einer drohenden Wohnungsnot vorgebeugt wird. Unter Kosten sind dabei nur diejenigen Baukosten zu verstehen, die nach Abzug des durch die ortsüblichen Mieten verzinsten Teiles der Baukosten noch zu decken sind (sogen. nicht rentierliche Baukosten). Zu Beiträgen für den Bau von Kleinwohnungen dürfen nur Arbeitgeber herangezogen werden, welche in der Gemeinde mehr als zwanzig Arbeitnehmer beschäftigen.

Die Arbeitgeber können zu Beitragsgemeinschaften vereinigt werden. Die Unterverteilung der Beiträge innerhalb der Gemeinschaften ist durch Satzung zu regeln, die der Genehmigung der Minister des Innern und der Finanzen bedarf.

Beitragsgemeinschaften können, wenn sich das Bedürfnis auf mehrere Gemeinden und Gutsbezirke erstreckt, auch von bestehenden oder zu bearündenden Zweckverbänden oder von Gemeindeverbänden gebildet werden.

Streitigkeiten über die Heranziehung zu Beiträgen durch die Gemeinschaft werden im Verwaltungsstreitverfahren entschieden.

Arbeitgeber, die insbesondere nach dem 1. Januar 1919 bereits selbst zum Bauen von Wohnungen für ihre Arbeitnehmer aus eigenen Mitteln im angemessenen Verhältnis zur Zahl ihrer Arbeitnehmer beigetragen haben, sollen von diesen Beiträgen befreit werden."

Soweit der Wortlaut des Gesetzes. Es ist auch für diejenigen, der die ganze gesetzliche Tragweite dieser Bestimmungen nicht übersieht, ohne weiteres klar, daß hier eine bemerkenswerte Erweiterung der steuerlichen Machtbefugnisse der Gemeinden vorliegt. Konnte man bisher auf gesetzlicher Grundlage Beiträge in der Regel nur für Errichtung und Unterhaltung öffentlicher Straßen, Plätze, Kanäle, Ent- und Bewässerungsanlagen, Herstellung von Wasserstraßen und ähnlicher Anlagen erheben, so ist eine Abgabepflicht jetzt auch für den Wohnungsbau und zwar in sehr erheblichem Umfange vorgesehen. Jeder Arbeitgeber, der mehr als 20 Arbeitnehmer beschäftigt, wird sich mit der Tatsache vertraut machen müssen, daß er Mittel zum Wohnungsbau für seine Arbeitnehmer aufbringen muß. Wie die Höhe dieser Mittel zu begrenzen ist, dürfte eine Frage sein, die sich nur von Fall zu Fall je nach der Größe des Unternehmens bezw. Zahl der beschäftigten Arbeiter, dem Stande der Wohnungslosigkeit und doch auch wohl der Leistungsfähigkeit des Unternehmers entscheiden lassen wird. Es ist ohne weiteres klar, daß in allen diesen Dingen eine große Menge Konfliktstoff sich ansammeln wird. Denn so einfach wie bei Verteilung Anlieger ist die Lage hier nicht. Es werden nicht allein die Interessen der Stadtverwaltung, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer auseinandergehen, sondern es werden auch unter den Arbeitgebern selbst über ihre Anteile innerhalb der Beitragsgemeinschaften ernste Konflikte entstehen.

Zu diesen materiellen Schwierigkeiten treten noch die formellen hinzu. Denn es wird niemand behaupten wollen, daß das Verfahren des § 9 des Kommunalabgabengesetzes, dessen Bestimmungen ich absichtlich in vollem Umfange wiedergegeben habe, sehr einfach, kurz und einen schnellen Erfolg verheißend sei. Wenn es dahin kommt, daß über Streitigkeiten innerhalb der Beitragsgemeinschaft im Verwaltungsstreitverfahren entschieden werden muß, so darf man getrost die Hoffnung auf eine schnelle Beseitigung der Wohnungsnot in den Kreisen der Arbeitnehmer fahren lassen.

Diese materiellen und formellen Schwierigkeiten weisen mit Notwendigkeit der Entwickelung einen andern Weg, welcher durch die Vorschrift des letzten Absatzes von § 9a über die Anrechnung freiwilliger Aufwendungen für den Wohnungsbau erleichtert wird. Wenn auf Grund der §§ 9 und 9a des Kommunalabgabengesetzes wirklich eine freudige und weitgehende Förderung des Wohnungsbaues erwachsen soll und nicht eine unter ständigen Konflikten und fortgesetzter Verärgerung der Beteiligten sich vollziehende und in ihrem Ausmaße völlig unzulängliche Tätigkeit, so muß der Weg freiwilliger Verhandlungen zwischen den Gemeinden, Arbeitgebern und Arbeitnehmern beschritten werden, an dessen Ende die Werkgemeinschaft dieser drei Beteiligten steht. Es wird gewiß notwendig sein, gegen widerstrebende Elemente auf den gesetzlichen Zwang hinzuweisen und ihn auch bei hartnäckigem Widerstande schonungslos zur Anwendung zu bringen. Man darf aber nach den bisherigen Erfahrungen zu Ehren der deutschen Arbeitgeberschaft schon heute die Voraussage wagen, daß bei einigermaßen geschickt geführten Verhandlung der Zwang die Ausnahme sein wird und bleiben soll.

Der Arbeitgeber wird sich zu Aufwendungen für Kleinwohnungsbauten um so eher bereit finden, als ihm ja nach § 59 der neuen Fassung des Einkommensteuergesetzes erlaubt ist, solche Aufwendungen bei Ermittelung des steuerbaren Einkommens in Abzug zu bringen. Eine entsprechende Bestimmung ist in der Vorlage zum Körperschaftssteuergesetze vorgesehen. Hat der Arbeitgeber Bedenken, die Wohnungsbauten selbst ausführen zu lassen und bei den besonderen Schwierigkeit, die nicht nur das Bauen nach dem Krieg, sondern die spätere Verwaltung der Häuser bereitet, darf man vor dem Selbstbauen dringend warnen — so ist ihm gestattet, seine Beiträge gemeinnützigen Gesellschaften zuzuwenden, welche satzungsgemäß und tatsächlich ausschließlich die Förderung des Kleinwohnungswesens bezwecken. Auch diese Zuwendungen, die natürlich mit der Auflage gemacht werden können, daß die mit finanzieller Hilfe des Arbeitgebers von der Gesellschaft hergestellten Bauten an Arbeitnehmer desselben Arbeitgebers vergeben werden, dürfen gemäß § 59b des Einkommensteuergesetzes in gleicher Weise vom Einkommen in Abzug gebracht werden. Eine Erörterung der Einzelheiten dieser Steuerfragen würde hier zu weit führen und soll einem besonderen Aufsatze vorbehalten bleiben. Es sollte nur in diesem Zusammenhange darauf hingewiesen werden, daß die angeführten Befreiungsvorschriften dem Arbeitgeber Veranlassung geben sollten, nicht erst die Zwangsmaßnahmen der §§ 9 und 9a des Kommunalabgabengesetzes abzuwarten.

Bemerkenswert sind die Erfahrungen, welche die größte deutsche Wohnungsfürsorgegesellschaft, die ihren Wirkungskreis auf das ganze Reich erstreckende Gemeinnützige Aktiengesellschaft für Angestellten-Heimstätten (Gagfah) in Berlin-Steglitz, Albrechtstraße 131, in diesem Gebiete bereits gemacht hat. Sie hat bereits in der Praxis die oben besprochene Möglichkeit des Zusammenwirkens von Gemeinden, Arbeitgebern und Arbeitnehmern in einer großen Zahl von Bauvorhaben ihrer Tochtergesellschaften zur Durchführung gebracht und ist in allen diesen Fällen ein ehrlicher Makler zwischen den vielfach auseinandergehenden Interessen der Beteiligten gewesen. Gewiß hat es auch hier an Schwierigkeiten nicht gefehlt, das Ende ist aber immer für alle Teile, insbesondere für die Arbeitnehmer hocherfreulich gewesen, wenn sie die gefällig, schlicht und in jeder Weise zweckmäßig gedachten Heimstätten der Gesellschaft beziehen durften. Nicht minder befriedigt waren die beteiligten Gemeinden, denen die Gagfah jede Sorge um die Aufbringung der Kosten abnahm, indem sie ihnen die reichen Mittel er Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Gestalt von Hypothekendarlehen oder von Kommunaldarlehen zuführte. Den besonderen Interessen der Arbeitgeber wurde durch gewisse vertragliche Vereinbarungen Rechnung getragen, die ihnen ein ihrer finanziellen Beteiligung entsprechendes Besetzungsrecht an den mit ihrer Hilfe erstellten Heimstätten auf gewisse Zeit sicherten. Es ist an dieser Stelle hervorzuheben, daß die Tätigkeit der Gesellschaft sich schon bisher keineswegs auf versicherungspflichtige Angestellte beschränkt hat, daß vielmehr bei der Besetzung ihrer Heimstätten auch Beamte und gewerbliche Arbeite in erheblicher Zahl berücksichtigt worden sind. Gerade für Beamte werden die Bestimmungen des § 9a ebenfalls von Bedeutung sein, da Reich, Staat und Gemeindeverbände zweifellos als beitragspflichtige Arbeitgeber im Sinne des Gesetzes anzusehen sind.

Grundsätzlich wird man, auch wenn man an der leichten Durchführbarkeit der neuen gesetzlichen Bestimmungen gewisse Zweifel hegt, diese als einen weiteren Schritt zum Gelingen des großen Werkes der Wohnungsfürsorge, der größten sozialen Aufgabe unserer Zeit, freudig begrüßen. Es wäre zu wünschen, daß die großen Erfahrungen der Gagfah auf diesem Gebiete in weitestem Umfange Gemeinden, Arbeitgebern und Arbeitnehmern nutzbar gemacht würden. Es muß und kann erreicht werden, wenn alle Beteiligten unter bewährter Führung und unter Benutzung der bisher auf diesem Gebiete gemachten Erfahrungen einmütig zusammengehen, daß anstatt der bisher errichteten wenigen tausend von Heimstätten — auch hier steht die Gagfah mit fast 3000 in 2.5 Jahren an der Spitze — sich ebenso viel zehntausend erheben. Nur wenn die Wohnungsfrage in befriedigender Weise gelöst wird, werden wir das erreichen, was wir zur Gesundung und zum Wiederaufbau unseres Staatslebens gebrauchen: Wertätiges Schaffen und Zufriedenheit, vor allem aber sittliche Erneuerung in allen Schichten unseres Volkes.

Bleib!

Von Artur Landsberger.

Wenn ich mich sorgend um Dich härme! —
Ich fühl es stets, wenn glühend Deine Wärme
Mit tausendfacher Liebe mich umfängt,
Dein Mund mir glühend an den Lippen hängt;
Ich fühl es stets, wenn perlend im Genießen
Die warmen Tränen in die Kissen fließen
Ein Wunsch bewegt: „Ach, wenn es doch so bliebe!" —
Dann will das Ende mir so nah erscheinen —
Ich werf mich in die Kissen — und wir weinen.

Brautpsalm.

Von Richard Euringer.

Dies ist die Erwählte meiner Wahl!
Aller Töchter habe ich sie erkoren,
und aus aller Mütter Sorg und Sinn
kam sie stolz und sittsam mir entgegen. Wie ein Kind
Nun berg ichs an mein Herz.

Mutter, weinst du noch? Ist sie nicht überglücklich?

Komm, Geliebtes in mein Haus! Es wartet dein.
Furchtlos komm, und licht am lichten Tage;
dürfen sie dich doch nicht schelten:
Fortan ist mein Name über dir wie ein Turm, ein Tor.
und eine Losung!

Hörst du: in der Kammer knackt das Scheit,
und mit ungewöhnten Händen hab ich selber, gutgemeint
den schlichten Gruß bereitet.
Dies ist unser Haus . . .

War es weit: du Schmale füllst es aus.
War es karg: nun ist sein Wert gedoppelt.
War es stumm: so sei ihm denn ein Lied . . .
Wie so vieles wird nun erst erwachen . . .!

Nimm, und trink! Ich harre deines Mundes.
O, dieser Mund! Bist du nicht wie ein Quell,
rein und ungetrübt! So laß mich trinken!

Meiner Jugend Sehnsucht warst du je,
nun Erfüllung meiner Kraft und Mannheit,
bleibe meines Alters Trost!
Mutter meiner Kinder, wirst du blühen,
meines Waltens Wert, des Willens Wachstum!
Wie ein Gärtner will ich dich umtreun . . .
Herr Gott, Schenker, schirme Schatz und Schützer!

Wie ich beim Kommunisten in die Lehre ging.

Skizze von Hans Wendt-Neubrandenburg.

Kürzlich fuhr ich nach der Reichshauptstadt. Vierter Klasse natürlich. Nicht gerade aus Geldmangel, sondern aus Prinzip, weil es sich heute so für einen Kopfarbeiter und Menschen von leidlicher Bildung gehört.

Uebrigens ganz nettes Publikum. Die dicke, beringte Dame in Seide, das ästhetische Fräulein mit durchbrochenen Seidenstrümpfen und sechs Modejournalen, der Mann mit der dicken goldenen Kette über dem feisten Bauch und der Jüngling mit umgeschlagenen Hosen, halben Lackschuhen, Monokel und viel Parfümgeruch fehlten hier ganz.

Ich sah mich im Abteil um. Mein Auge blieb auf einen leuchtend roten Schlips haften, über dem ein scharf geschnittenes Gesicht mit recht intelligenten Augen sich aus dem Papierkragen schob. Mein Gegenüber fing an, mich zu interessieren.

„Ein schöner Schlips", sagte ich, um ein Gespräch anzuknüpfen.

„Die Farbe der Zukunft", erwiderte der junge Mann. „In ein paar Jahren wird die Morgenröte einer neuen Zeit über der Welt leuchten. Der kommunistische Gedanken wird die Herzen anzünden."

„Auch die Häuser, Wälder und Stoppeln", wandte ich ein.

„Warum nicht? Aus der Asche dieser faulen Kultur- und Kapitalwelt wird die kommunistische Idee sich wie der Vogel Phönix erheben. Wir predigen an Stelle des Eigennutzes den Dienst der Gemeinschaft. Besitz wird Schande sein. Alles was an praktischen Gütern auf dieser Erde ist, wird nicht mehr dem einzelnen, sondern allen gehören", erklärte der Herr mit dem roten Schlips begeistet.

„Sehr gut. Doch wie denken Sie sich das eigentlich z. B. mit den Frauen", fragte ich naiv.

„Auch die Frauen. Man wird durch keine Bande, als durch freiwillige gefesselt sein", belehrte mich der Jünger Lenins und zündete sich eine Zigarette an.

„Ausgezeichnet. Das habe ich mir in jungen Jahren immer gewünscht. Würden Sie mir vielleicht eine von Ihren Zigaretten anbieten?"

Der Kommunist hielt mir sein Etui hin und gab mir Feuer.

„Danke", sagte ich und fing die abgebrochene Unterhaltung wieder an.

„Wie denken Sie sich den den Staat, in dem Sie Ihre Ideale verwirklichen wollen, Herr — — —"

„Grundling", ergänzte der Kommunist. „Der Staat?" Verächtlich strich er die Asche von seiner Zigarette. „Der Begriff Staat ist überlebt. Fossiler Unsinn, mein Herr. Wir ersetzen ihn einfach durch die freie Gemeinschaft aller. Man arbeitet nicht mehr für seine eigenen Interessen. Im kommunistischen Verbande streut und wirkt jeder nur für die Gesamtheit. Dieses hohe, ideale Ziel, welches mein und dein nicht mehr kennt — — — —"

„Sehr edel gedacht. Wenn alle Menschen Engel wären, würde ich den von Ihnen gepredigten Urzustand zweifellos der Finanzamtwirtschaft vorziehen. Uebrigens, da Sie sich gerade eine Zigarette anzünden, haben Sie wohl die Freundlichkeit und bieten mir auch eine an.

Der Mann mit dem roten Schlips machte ein etwas überraschtes Gesicht, doch schließlich gab er mir Tabak und Feuer. Ich stellte dabei fest, daß er noch sechs Zigaretten in seinem Etui hatte. Dann fingen wir unsere abgebrochene Unterhaltung wieder an.

„Eigentlich ist es doch ein gewisser Rückschritt den Sie da predigen, Herr Gundling. Wir müßten nach Ihren Anschauungen Besitz und Gesellschaft vernichten, bevor wir Ihre Ideale verwirklichen können. Freiwillig wird niemand sein Eigentum hergeben, um es der Allgemeinheit zuzuführen. Wenn die Leitung Ihrer Genossenschaft von Obrigkeitswegen den Versuch einleiten würde, hätten wir die schönste blutige Revolution im Gange" meinte ich.

„Die Revolution kommt", erwiderte Gundling. „Schmerzlich, aber unausbleiblich, da diese Bourgeois niemals das letzte mit dem Darbenden teilen werden. Es wird ihnen alles mit Gewalt genommen werden."

„Aber, lieber Freund, das besorgt ja schon der heutige Staat mit seinen Finanzämtern. Ich fürchte, in ein paar Jahren bleibt für Sie recht wenig zu tun übrig", wandte ich lächelnd ein.

„Sie sollten nur wahre Christen sein. Christus war der erste, wahre Kommunist. Hast du zwei Hemden, und siehst deinen Bruder darben, so gib ihm das eine. Wennwir das Herz auf dem rechten Fleck hätten, bedürfte es keinen gewaltsamen Eingriffes von oben. Wir würden untereinander selbst unseren Ueberfluß teilen", schalt Gundling und zündete eine neue Zigarette an. Ungeniert griff auch ich zu und nahm von den 6 Zigaretten drei.

„Herr, nun geht Ihre Unverschämtheit nachgerade zu weit. Sie sind wohl komplett verrückt geworden?" Der Herr mit dem roten Schlips schrie mich in höchstem Zorn an. Ich lächelte. Weich, mild, verzeihend, wie der Fleisch gewordene Altruismus. Dann setzte ich eine von den drei Zigaretten in Brand.

„Solche Unverschämtheit", keuchte Kommunist Gundling.

„Nicht doch", wehrte ich bescheiden ab. „Sie haben mich zu Ihrer Weltanschauung bekehrt. Verwischen Sie den guten Eindruck nicht. Aber ich fürchte, daß Sie um drei lumpiger Zigaretten willen Ihre Ueberzeugung über Bord geworfen haben."

Der Zug hielt in der Residenz. Ohne Gruß verließ mein Lehrer mich und seine Ideale. Ich blieb langsam zurück. Sein Benehmen hatte mich wieder ins Schwanken gebracht. Als ich meine Vernunft fragte, wer nun eigentlich der wahre Kommunist sei, Grundling oder ich, da lächelte diese leise und flüsterte: „Keiner von beiden."

...erford, 18. Okt... wurde die vollst... den. Als Mutter ... die das Kind dur... Boden hat bringen

)(**Hagen**, 18. Okt... ladener Güterwagen, ... wegungen in Schalksm... wärts die Bolmetalba... einer ihm zufahrenden ... besetzter Strecke hätte ... Folgen haben können.

)(**Sterkrade**, 18. ... wurde der 43 Jahre ... Wege zur Arbeitsstelle ... der, mit dem er seit ... in Unfrieden lebte, e... einen Revolverschuß a... zahlreiche Dolchstiche. ... Vater beizustehen ver... letzungen. Der Täter ...

* **Auszahlung v...** Gefangenen-Fürsorgest... land heimgekehrten K... die durch die Hauptkas... lin SW 68, Schützenst... Gutscheine ausgezahlt... schüsse darstellen und ... gang der fremdstaatli... kann. Die erwähnte... auf private Anfragen ...

Bim...

- - Für W...

Jo...
am Mont...
keit zu ne...
Er sta...
Angehörig...
Geduld e...
einen wa...
sehen mit...
32 Jahre...
Wir e...
nen der c...
Rheine...

Die Ue...
Pfarrkirche...
amt mit a...
Sollte ...
erhalten ha...

Gott de...
erforschlich...
ältesten So...
Onkel und...

Gesten...
unser la...

H...
Wir ...
wissenha...
wir dur...
haben.
halten.
Rh...

Rhe...

Koh...
Lfd. No. 701 b...
erhalten die Kohlen...
bis einschl. Samst...
Kohlenhändler Sa...
2 Zentner Ko...

...Herford, 18. Okt. **Eine Rabenmutter.** Auf einem ... wurde die vollständig eingetrocknete Leiche eines K... den. Als Mutter des Kindes wurde eine Ehefrau e... die das Kind durch einen Arbeiter aus Herringhausen ... Boden hat bringen lassen.

)(**Hagen,** 18. Okt. **Ein seltsamer Springinsfeld.** Ein beladener Güterwagen, der sich nachts während der Rangierbewegungen in Schalksmühle losgerissen hatte, durchraste talabwärts die Volmetalbahn bis Hagen-Oestern, wo er in infolge einer ihm zufagenden Weichenstellung zum Glück entgleiste. Bei besetzter Strecke hätte die fahrplanwidrige Fahrt leicht schlimme Folgen haben können.

)(**Sterkrade,** 18. Okt. **Entsetzlicher Brudermord.** Hier wurde der 43 Jahre alte Arbeiter Heinrich Dunker auf dem Wege zur Arbeitsstelle von seinem um vier Jahre jüngeren Bruder, mit dem er seit längerer Zeit Familienverhältnisse halber in Unfrieden lebte, ermordet. Der Mörder feuerte zunächst einen Revolverschuß auf sein Opfer ab und tötete es dann durch zahlreiche Dolchstiche. Der Sohn des Ermordeten, der seinen Vater beizustehen versuchte, erlitt ebenfalls schwere Stichverletzungen. Der Täter wurde verhaftet.

---

* **Auszahlung von Kriegsgefangenenguthaben.** Von der Gefangenen-Fürsorgestelle wird uns geschrieben: Den aus England heimgekehrten Kriegsgefangenen wird bekanntgegeben, daß die durch die Hauptkasse für das Kriegsgefangenenwesen in Berlin SW 68, Schützenstraße 3, auf Grund ihrer dort vorgelegten Gutscheine ausgezahlten Gelder nur vom Reich geleistete Vorschüsse darstellen und daß die endgültige Abfindung erst nach Eingang der fremdstaatlichen amtlichen Guthabenlisten erfolgen kann. Die erwähnten Gutscheine sind durchweg unverbindliche auf private Anfragen erteilte Auskünfte der englischen Regierung, ... als amtliches Material ... kehrern, die aus England ... Ende August 1919 zurückk... Durchschnittskurs dieser Zeit d... 1919 aus England Heimgek... Zurückgekommenen wird der ... Durchgangslager gewährt. Ein weitergehendes Entgegenkommen ist bei der Finanzlage des Reiches nicht möglich. Die Annahme der Heimkehrer, die fremdstaatlichen Regierungen hätten den ihnen noch zustehenden Arbeitsverdienst in bar an die deutsche Regierung gesandt, ist unzutreffend. Barüberweisungen a nArbeitslohn haben noch nicht stattgefunden, sondern es sind nur teilweise Mitteilungen über die Höhe der bei der Entlassung der Kriegsgefangenen aus feindlicher Hand bestehenden Guthaben (Guthabenlisten) eingegangen. Die in diesen Listen vermerkten Guthaben im Gesamtbetrage von etwa 43 000 Lstr. sind bereits zur endgültigen Auszahlung gelangt. Die Forderungen der Kriegsgefangenen bestehen nicht gegen das Deutsche Reich, sondern gegen die ehemals feindlichen Regierungen. Wenn das Reich eine vorläufige Anzahlung vor dem Eingang der amtlichen Guthabenlisten leistet, so geschieht dies freiwillig und aus Entgegenkommen für die Heimgekehrten. Einen rechtlichen Anspruch darauf haben sie nicht. Sie müssen sich daher mit der zugestandenen Abfindung vorläufig begnügen und im übrigen das Ergebnis der in ihrer Sache unternommenen diplomatischen Schritte abwarten. Ein weiteres Entgegenkommen der Reichsregierung besteht darin, daß auch ohne Beibringung von englischen Gutscheinen ein Vorschuß bis zu 100 Mark auf den verdienten Arbeitslohn gezahlt wird, wenn ein solcher Anspruch irgendwie glaubhaft gemacht wird.

Osnabrücker Ba...
Devisenkurse
Berlin, den ...

	vor. Kurs	Kurs vom 19. Okt.	Hgeh...
Amsterdam Rotter...	6531.55	5875	
Antwerpen und Brüssel	1326,35	1200	
Kopenhagen, . . .	3653 65	3300	
London	745.75	670	
New-York	181.19	171¾	
Paris	1326.35	1210	
Schweizer Plätze .	3503 50	—	7...

Steckenpferd-Seife
die beste Lilienmilchseife für zarte weiße Haut

Man färbe daheim nur mit echten **Brauns**'schen **Stoffarben** und fordere die lehrreiche Broschüre No. Z von p80
Wilhelm Brauns, Gesellsch. mit beschr. Haft, **Quedlinburg a. H.**

Bims die Händ' mit Abrador!

Die altbewährte **Bimssteinseife** **1.50 Mk. das Stück**

- - Für Wiederverkäufer ist Luhns' Abrador-Seife auch bei den bekannten Großisten erhältlich - -

†

Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, meinen lieben ältesten Sohn, unsern herzensgut. Bruder, Schwager, Onkel und Vetter, den

Handlungsgehülfen

Joseph Wiedkamp

am Montag mittag 3 Uhr zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Er starb zu Emsdetten in Gegenwart seiner Angehörigen nach kurzem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, wohlvorbereitet durch einen wahrhaft christlichen Lebenswandel und versehen mit den hl. Sterbesakramente im Alter von 32 Jahren.

Wir empfehlen die Seele des lieben Verstorbenen der christlichen Fürbitte.

Rheine, Emsdetten, Mesum, den 19. Okt. 1921

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Ueberführung vom Elternhause, Dutum 89, zur Pfarrkirche Samstag Morgen 8 Uhr, daselbst das Seelenamt mit anschließender Beerdigung.

Sollte jemand aus Versehen keine besondere Nachricht erhalten haben, so bitten wir, diese als solche anzusehen.

Nachruf!

Gestern verschied nach schwerem Leiden unser langjähriger Beamter

Herr Ingenieur

Hermann Luttmer

Wir betrauern in ihm einen treuen, gewissenhaften und eifrigen Mitarbeiter, den wir durch seine Tätigkeit recht schätzen gelernt haben. Sein Andenken werden wir in Ehren halten.

Rheine, den 19. Oktober 1921.

Rheiner Maschinenfabrik,
Windhoff Akt.-Ges.

Kohlen-Verkauf.

Lfd. No. 701 bis 950 des Verteilungsbezirks A erhalten die Kohlenmarke No. 5 der Stadt Rheine bis einschl. Samstag, den 22. ds. Mts. bei dem Kohlenhändler Sandmann, Altenrheinerstraße, mi... Zentner Ko...

Gebrauchtes
Kinderspielzeug
gleich welcher Art zu ...

Nachruf.

Am Dienstag verschied unerwartet der

Ingenieur Herr Hermann Luttmer

Wir verlieren in dem so plötzlich Heimgegangenen einen lieben Kollegen mit aufrichtigem Charakter, der strebsam, mit unermüdlicher Arbeitskraft und vorbildlicher Pflichttreue auf seinen Posten wirkte. Wir betrauern tief seinen Fortgang u. wird stets sein Andenken in uns weiterleben.

Die Angestellten der Rheiner Masch.-Fabr. Windhoff A.-G.

Bekanntmachung.

Die zur namentlichen Feststellung der steuerpflichtigen Einwohner der Stadt erforderliche

Aufnahme des Personenstandes

wird im diesem Jahre am 24., 25. und 26. d. Mts. stattfinden. Die Aufnahme erfolgt durch Formulare (sogenannte Wohnungslisten), welche den Besitzern bewohnter Grundstücke oder deren Stellvertretern oder den Haushaltungsvorständen in diesen Tagen zugestellt werden. Die Stellvertreter und die Haushaltungsvorstände werden hierdurch aufgefordert, die Wohnungslisten nach vorgedruckten Anweisungen genau und vollständig nach dem Stande beim Beginn des 20. Oktober dieses Jahres auszufüllen und an den nachbezeichneten Tagen auf dem Steuerbüro, Zimmer 14 des Rathauses abzugeben.

Montag, den 24. Oktober 1921, vormittags von 9 bis 12 Uhr.

Acker-, Alfen-, Altenrheiner-, Anna-, Antonius-, Augusta-, August-, Bachstraße, Bahnhof, Am Bahnhof, Bahnhofstraße, In der Bannewiese, Bentheimer-Bernhard-, Bevergerner-, Blücher-, Blumen-, Brechte-Breitestraße A, Butter-, Christianstraße, Devesburgerstraße, Zum Diekhof, Dorenkamp-, Dreierwalder-, Düppel-, Dutumer-, Eduard-, Eichen-, u. Elisabethstr.

nachmittags von 3 bis 5 Uhr

Elterstraße, Emsgasse, Emsstraße, Engergang, Ferdinand-, Frankenburg-, Franzstraße, Friedensplatz, Frieden-, Friedrich-, Garten-, Gas-, Goethe-, Graben-, Grabenstr. A, Großfeldstraße, Grünegasse, Grüterstraße, Am Gymnasium, Hammerjen-, Hauenhorster-, Hedwigstraße, Heiligengeistplatz, Heinrich-, Hemelter-, Hermann-, Herrenschreiberstraße, Hohe Lust, Hohe-, Hove- und Hovestraße A.

Dienstag, den 25. Oktober 1921 vormittags von 9 bis 12 Uhr

Auf dem Hügel, Hünenborg-, Ibbenbürener-, Johannes-, Josefstraße, Kaiserallee, Kamp-, Karl-, Karolinenstraße, Katthagen, Kirchstraße, Kirchplatz, Klemens-, Klosterstr., Im Koesfeld, Kolping-, Kreuz-, Krummestraße, Kugeltimpen, Kurze-, Lauge u. Laugestr.

nachmittags von 3 bis 5 Uhr

Lingener-, Lothringer-, Ludwigstraße, Marktplatz, Markt-, Metzger-, Milch-, Mittel-, Moltke-, Mühlen-Marienstraße Münstermauer und Münsterstraße.

Mittwoch, den 26. Oktober 1921, vormittags von 9 bis 12 Uhr.

Neuestraße, Alter Neuenkirchenerweg, Neuenkirchenerstraße, Nordring, Ochtruper-, Osnabrücker-, Park-, Paul-, Peter-, Post-, Reuter-, Richard-, Riegel-, Rosen-, Runde-, Sadel-Salz-, Salzbergener-, Schiller-, Schotthock-, Schul- und Sedanstraße,

nachmittags von 3 bis 5 Uhr

Hofien-, Spichern, Sprickmann-, Sadtberg-, Steinstraße, Im Sundern, Surenburger-, Talstraße, Au dem Thie, Thieberg-, Tiefestraße, Thiemaner, Ulm... straße, Unterm Waldhügel, Viktoria-, Wadelh... Wall-, Wasser-, Wiesen-, Wiotesch-, Wilhel... horst-, Winkel-, Wörther-, Zeppelin... die Feldmarken Bentlag...

Ich mache auf die V... der Reichsabg...

Zur Vermeidung vielfach vorgekommener Zweifel wird hierdurch noch besonders darauf hingewiesen, daß durch die Aufnahme des Personenstandes die polizeilichen Meldepflichten nicht berührt werden.

Rheine, den 17. Oktober 1821.

Der Bürgermeister.

Personenstandsaufnahme.

Die zur namentlichen Feststellung der steuerpflichtigen Einwohner des Amtsbezirks Rheine erforderliche

Aufnahme des Personenstandes

wird in diesem Jahre am Donnerstag, den 20. Oktober und an dem nachfolgenden Tage stattfinden. Die Aufnahme erfolgt durch Formulare (sogenannte Wohnungslisten) und für Besitzer außerdem Personenstandsaufnahmen, welche den Besitzern bewohnter Grundstücke oder deren Stellvertretern oder den Haushaltungsvorständen einige Tage vor dem 20. Oktober zugestellt werden. Ich fordere hiermit die Besitzer bewohnter Grundstücke oder deren Stellvertreter und die Haushaltungsvorstände auf, die Wohnungslisten nach den vorgedruckten Anweisungen genau und vollständig nach dem Stande beim Beginne des 20. Oktober ds. Jrs. auszufüllen und am 20. Okt. und am folgenden Tage ausgefüllt in den nachstehend näher bezeichneten Terminen und Lokalen abzugeben

1. Am Donnerstag, den 20. Oktober, nachmittags von 2½ bis 3½ Uhr für Rodde in der Wirtschaft Hagemann daselbst.
2. Am Donnerstag, den 20. Oktober, nachmittags 2½—4 Uhr für Elte in der Wirtsch Wältering daselbst.
3. Am Donnerstag, den 20. Oktober, vormittags von 9½—11 Uhr für Gellendorf in der Wirtsch. Heuwes daselbst.
4. Am Donnerstag, den 20. Oktober, vormittags von 9—12 Uhr und nachmittags von 1½—3½ Uhr Dorf und Kirchspiel Mesum in der Wirtsch. Richermann daselbst.
5. Am Donnerstag, den 20. Oktober, vormittags von 8½—12 Uhr für Dutum im Amtsgebäude Meldeamt Nr. 3, Marktplatz (altes Amtsgebäude).
6. Am Donnerstag, den 20. Oktober, vormittags 9½—11 Uhr für Wadelheim in der Wirtschaft August Stockmann daselbst.
7. Am Donnerstag, den 20. Oktober, nachmittags von 3½—5 Uhr für Bentlage in der Wirtschaft Hillebrand, gen. Delsen daselbst.
8. Am Donnerstag, den 20. Oktober, vormittags von 8½—11 Uhr für Hauenhorst und Catenhorn in der Wirtschaft Storm zu Hauenhorst.
9. Am Freitag, den 21. Oktober, vormittags von 9½—11 Uhr für Altenrheine in der Wirtschaft Baumann daselbst.
10. Am Freitag, den 21. Oktober, nachmittags von — 63 Uhr für Schotthock in der Wirtschaft Hali daselbst.
11. Am Freitag, den 21. Oktober, vormittags von 9—11½ Uhr für den Teil Eschendorf links (südlich des Hemelterbaches) in der Wirtschaft H. Cordesmeyer daselbst
12. Am Freitag, den 21. Oktober, nachmittags von von 2½—6 Uhr für den Teil von Eschendorf rechts (nördlich) des Hemelterbaches in der Wirtschaft Benninghaus in Eschendorf.

Ich mache noch besonders auf die Vorschriften der §§ 167 und 202 der Reichsabgabeordnung vom 13. Dezember 1919 aufmerksam, wonach die Erfüllung der Verpflichtung mit Geldstrafen bis zu 500 Mark erzwungen werden kann.

Rheine, den 14. Oktober 1921.

Der Amtmann.

Belieferung der Kohlenvorratskarten für die Gemeinde Rheine r. d. Ems.

Die Kohlenvorratskarten 2. Lieferung lfd. Nr. 501—550 werden bis Samstag, dieser Woche bei den Kohlenhändlern Exeler u. Wellermann beliefert.

Wer von den hier in Frage kommenden Verbrau... ...gebenen Zeit die Kohlen nicht ... hierauf verloren. Karten, ...en Verbraucher an die ...

...r Amtmann.

...ago.
...ch- und ...atorien

Sehr gut erhaltenes
Nußbaum-Büfett
und ein
Messingkronleuchter
mit 4 Flammen zu verkaufen.
Angebote unt. M. M 1 an die Geschäftsstelle erb.

Schulmädchen
für einige Stunden des Nachmittags gesucht.
Näh. Geschäftsstelle

Nehme noch
Kundschaft
zum **Waschen, Flikken u. Putzen** an
Näh. Klosterstr. 17, abends nach 7 Uhr.

Eine Brosche
(Dreimarkstück)
verloren.
Näh. Geschäftsst.

Lehrer erteilt gründl.
Klavier-Unterricht
Ang. unt. „Musik" an die Geschäftsstelle.

Zu verkaufen:
1 fast neue gestr. woll. Jacke 150 M.
1 schw. Plüschhut, fast neu 50 M.
1 Spiegel mit Consölchen
1 Serviertisch
Näh. Geschäftsst.

Fundsache.
Lastwagenzegefunden.
Näheres Zimmer 5 des Rathauses.
Rheine, 18. Okt. 1921.
Die Polizeiverwaltung.

2 anständige Leute finden
Kost u. Logis
Näh. Geschäftsstelle.

Asthma
kann **geheilt** werden.
Sprechstunden in
Münster
Kronprinzenstr. 5
Tr. jeden **Montag** von 9—1 Uhr.
Dr. med. Alberts
Spezialarzt,
Berlin S. W. 1.

H. Fontein Markt

Flöh' und Läuse

...ur der Welse:
...flund
...Katz' u. Hund
...Kraftessenz
...Konkurrenz,
...nach Apolda
...nur **Riesolda!**

Mittel!

Parent Kopf-, Filz-, Kleiderl. Brut (Niss.) Wanz

...Sie unt.

...ause

Flöhe d. Menschen u. Tier. v. g. M. Wund. unsch. Verk. nur: Friseur **Louis Boll**, Emsstraße 2, **Ed. Bell**, Ibbenbürenerstr. 25. — Postversand. —

Zum Send!

Trotz der sehr großen Steigerung aller Lederpreise bin ich infolge rechtzeitigen Einkaufs noch in der Lage, mein großes - Lager in **ein- und zweispännigen** -

Kutschgeschirren

zu den alten Preisen (erstklassige Ware) noch anzubieten.

Zu den Sendtagen empfehle ich außerdem mein reichhaltiges Lager in

:- Wagen aller Art -:

Größtes Geschäft der Branche in Westfalen

Heinr. Röer, Wagenfabrik u. Karosseriebau

Münster i. W.,

Bremerstraße 30/32—42/56

Fernruf 3251 Telegr.-Adr.: Wagenröer.



Hühneraugen
Hornhaut Schwielen u. Warzen
beseitigt das ärztlich empfohlene millionenfach bewährte
Kukirol
Schachtel M 1,50 in Apotheken • Drogerien erhältlich
Willy Proß, Drogerie

Wer liefert

10-12 Ztr. gute Speisekartoffeln

Angebote unt. A H 33 an die Geschäftsstelle.



Großer
Seefisch-Verkauf
unter der Markthalle.

Donnerstag, Freitag, Samstag.
Jeden Tag frische Zufuhr
Schellfisch, Seelachs, Cabliau, Schollen
Prima Fischkarbonaden.
Große Sendung Bratheringe, prima Ware unterwegs, beste Einkaufsgelegenheit für Wiederverkäufer.
Frau F. L. Dekker, Rheine,
Butterstraße 15.

100 Zentner
rote Speisemöhren
a Zentner 50.— Mark.
Weisskohl
Zentner 60.— Mark
an Mitglieder vom Gartenbauverein abzugeben.
Verkauf Donnerstag ab 1 Uhr
Hermann Frehe, Sprickmannstraße.

Druckſachen liefert schnellstens druckerei J. Alt...

Die bestellten
Speise-kartoffeln
können heute z. T. am Güterbahnhof in Empfang genommen werden.
F. Jesse, Elterstr. 19

Hühneraugen



werden Sie sicher los durch **Hühneraugen Lebewohl** Hornhaut auf der Fußsohle beseitig Lebewohl-Ballen-Scheiben. Kein Verrutschen u. Festkleben a. Strumpf In Drogerien und Apotheken. Schachtel 2.- u. 3.- Mk. **Willy Protz,** Schwan-Drog. **Th. Nienkemper** Markt.

Jüngerer
Bäckergeselle
gesucht.
W. Mense,
Mesum b. Rheine.

Sattler, Stellmacher,
für Carrosseriebau gesucht.
Wilh. Karmann,
Fahrzeugfabrik,
Osnabrück.

Laufbursche
für nachmittags
gesucht.
Näh. Geschäftsst.

Erfahrenes, zuverlässiges
Mädchen
für Küche und Haus gesucht.
Geschw. Smits,
Poststraße 16.

Suche für sofort oder 1. Nov. ein gutes kath. zuverlässiges
Mädchen
für sämtliche Hausarbeitn und zur Beaufsichtigung der Kinder. Gehalt nach Uebereinkunft. Gute Verpflegung zugesichert.
Näh Geschäftsstelle.

Suche für 2 Pferde
Beschäftigung
...

Gegr. 1839. Gegr. 1839.

Aeltestes Spezialhaus
für moderne Pelzbekleidung

A. Mittendorff

Kleinhandlung Großhandlung
Münster i. Westfalen
Graelstraße 8—10 u. Südstraße 15.
Telefon 706

Reichhaltiges Lager aller gangbaren Pelzarten
- in modernen und einfachen Ausführungen -

Pelzhüte Pelzfutter
u. s. w.
Damen-Pelzmäntel



Die millionenfach bewährte
Oel-Wachs-Schuhkreme
Diamantine
in bester Friedensqualität wieder erhältlich.
Man verlange Dosen mit eingelegtem Zettel
„Friedensware"
Hersteller **Rud. Starke** Melle i/H.

Angesehenes, kapitalkräftiges Unternehmen der Textilbranche (Aktiengesellschaft) sucht für **Rheine** und Umgebung ständigen
Vermittler
für den **Einkauf baumwollener Gewebe.**
Es kommen nur angesehene Herren mit besonderen persönlichen Beziehungen in Frage. Angebote unter B. N. G. 7713 an Ala Haasenstein u. Vogler-Berlin SW. 35

Den Vereinen
zur Kenntnis, daß
Mitgliedskarten, Beitragsausweise, Satzungen Einladungskarten, Rundschreiben, Briefbogen, Umschläge, Vereins-Zeitschriften, Festbücher, Denkschriften, Diplome, sowie überhaupt alle Vereinsdrucksachen in kurzmög- — — lichster Zeit von der — —
Buchdruckerei Jos. Altmeppen
liefert werden. (Fernruf 352). Geschmackvolle ... Ausführung wird voll gewährleistet. ... Kostenanschläge mit — —
...lagen
...bindlich.

Blaugestreifte
Manschetten
am Güterbahnhof gefunden. Abzuholen bei F. Jesse, Elterstr. 19

Guterhaltener
Pelzmantel
für Kraftfahrer zu sof. kaufen gesucht.
Angebote unter S. S. 369 an di...

Kiefern-Brennholz
in Ofenlänge geschnitten, in kleineren u. größeren Posten hat sofort abzugeben
Jos. Kleihues Rheine.

Jahrelange
Flussen
habe ich durch Gebrauch von Odermeyer's Medizinal-Gurber-Tinktur **beseitigt,** nachdem bis dahin alle anderen angewandten Mittel versagten. Postass.-B. in B. Zur Nachbehandlung ist Herbo-Creme zu empfehlen. Zu haben in allen Apoth., Drogerien.

Overall-Seifenpulver
vom Guten das Beste
in Paketen und Taschentuchpackung
überall erhältlich.
Unsere Qualität! Unsere Reklame!
Fabrikniederlage: **Rheine,** Telef. 323.

Gesichts-ausschlag
Pickel, Mitesser, Flechten verschwinden meist sehr schnell, wenn man den Schaum von **Zucker's Patent-Medizinal-Seife** abends eintrocknen läßt. Schaum erst morgens abwaschen und mit Zuckoch-Creme nachstreich. Großartige Wirkung, von Tausenden bestätigt. In allen Apotheken, Drogerien, Parfümerie- u. Friseurgeschäften.

Subin!!
Eine vorzüglich wirkende Futterkalkmischung für Schweine gegen Lahmheit, Steifheit, Knochenweiche und zur Anregung der Freßlust.
Geschwister Smits,
Poststraße 16.
Drogenhandlung.

14—15 jährigen
Jungen
oder
Mädchen
für leichte Büroarbeiten und Botengänge innerhalb des Werkes gesucht.
Rheiner Maschinenfabrik Windhoff A.-G., Rheine.

Für sofort ab zum 1. Nov. ein jüngeres ordentliches
Mädchen
gesucht für d. Morgenstunden.
Frau Hollweg,
Am Bahnhof 2

Gummi-Mäntel

Besserer Herr sucht freundlich
möbl. Zimmer
am liebsten Emstor.
Ang. unt. „101" an die Geschäftsstelle.

Angestellter sucht
möbl. Zimmer
Ang. unt. S an die Geschäftsstelle.

Suche
2 Zimmer
und Kochgelegenheit
Schwester
Dora Nommensen,
Fabrikpflegerin.
Münsterstraße 54.

Kleine Familie sucht zu sofort
2—3
möbl. Zimmer
Ang. an die Rheiner Transport-Gesellschaft m. b. H.

Per sofort ein ordentliches schulentlassenes
Mädchen
für die Morgenstunden gesucht.
Näh. Heinrichstr. 11.

Sofort schreiben.
Stenotyp
istinnen u. Kontoristinnen erhalt. streng reelle wert... völlig